

Bezugpreis:

Belegblätter 675 Bl., monatl. 2,25 Bl., freies Haus, voraus zahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezug monatlich 2,25 Bl., erst Zustellungsgebühr. Unser Preisband für Deutschland u. Österreich-Ländern 4,50 Bl., für das übrige Ausland 6,50 Bl., bei monatl. einm. Zahlung 1,50 Bl. Goldbestellungen nehmen an Kasse, Post, Holland, Dagebure, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zensur-Verzeichnisse.

Der „Vorwärts“ erscheint modernsteils täglich. Socialdemokrat Berlin.

Telegraphische Adressen: „Socialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Donnerabend, den 25. Januar 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Verhandlungen mit Rußland.

Einladung nach den Prinzeninseln.

Vor dem Eingang zum Bosporus und zur Mündung von Konstantinopel liegt in der weiten blauen Flut des Marmarameeres dicht beieinander eine Gruppe von fünf kleineren Inseln. Jäh aus dem Wasser aufsteigende Eilande. Die Sommerresidenzen der Konstantinopeler „oberen Reichtümer“ befinden sich dort. Das sind die Prinzeninseln. Unter ihnen sind Galli und Prinkipo (die eigentliche Prinzeninsel) von der vegetationsreichen Natur Schönheit ausgezeichnet, die den ganzen Lauf des Bosporus fast bis zu seinem Ausfluß im Schwarzen Meere umfrängt.

Auf Galli und Prinkipo befinden sich schöne moderne teure Hotels. Auf Galli war der Gefangene von Kut-el-Amara, der englische General Thompson, im Laufe der Kisten interniert. Früher dienten die Prinzeninseln, und daher ihr Name, als Verbannungsort gefährlicher und aufrührerischer byzantinischer Prinzen.

Jetzt sollen diese in Europa kaum dem Namen nach bekannten Inseln zu neuem Interesse kommen. In den folgenden Tagen wird man sehr viel von den Friedensbesprechungen auf den Prinzeninseln lesen.

Die Amerikaner und Engländer haben gegen die lebhafteste Abneigung Clemenceaus durchgesetzt, die Delegierten der so zahlreichen verschiedenen russischen Mächtegruppen zu Verhandlungen einzuladen, um zu hören, wie sie sich die Zukunft Russlands denken und auf diesem Wege ein Mittel zu finden, dem kriegerischen Stand Russlands von innen heraus durch friedliche Maßnahmen ein Ende zu machen. Der Versuch ist zu begrüßen, und wenn ihm ein praktischer Erfolg beschieden sein wird, so können unschätzbare Werte erzielt werden. Dann wird die Konferenz auf den Prinzeninseln ein wichtiges Blatt in der künftigen Weltgeschichte bilden und die Prinzeninseln werden zu den Erinnerungen aus grauem Mittelalter, die mit ihnen verknüpft sind, historische Verächtlichkeit fügen können.

Paris. (Havas.) Diplomatischer Situationsbericht: Die Vertreter der Großmächte versammelten sich gestern nachmittags neuerdings am Quai d'Orsay. Die russischen und polnischen Angelegenheiten wurden nicht berührt. Die Konferenz des Eiseisens begann 2 Uhr mit Uebermittlung von Einladungen der alliierten Regierungen an die verschiedenen die Lage Russlands beherrschenden Gruppen zur Entsendung von je drei Vertretern nach den Prinzeninseln bei Konstantinopel zur Besprechung mit den Delegierten der russischen Nation. Die Entsendungskommission, die die russischen Abgesandten anhören soll, ist noch nicht ernannt worden.

Man glaubt immerhin zu wissen, daß sie aus Gründen der Unparteilichkeit keine Persönlichkeiten umfassen wird, die früher in Rußland in diplomatischer Eigenschaft tätig waren. Die militärischen Mitglieder der Kommission, die nach Polen, wo sich bereits General Bartelmj befindet, geschickt werden soll, werden voraussichtlich unter den Generälen der an Ort und Stelle befindlichen Armee ausgewählt werden. Die vier Zivildelegierten der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens sind noch nicht ernannt worden.

Kampf um Oderberg.

Tschechen gegen Polen.

Breslau, 24. Januar. Wie die Pressestelle des Volksrats Breslau und der Zentralrat der Provinz Schlesien mitteilen, ist Oderberg nach blutigem Kampf mit den Polen von tschechischen Truppen genommen worden.

Jetzt häufen sich slawische Volksstämme gegenseitig die Köpfe um deutsches Gebiet blutig. Deutscher Boden wird erneut mit Krieg überzogen und unsere Volksgenossen sind schußlos in ihrer Not. Arbeiter, Bürger, Frauen, Kinder — sie alle dürfen von uns verlangen, daß wir nicht untätig sie ihrem Unglück überlassen. Sie sind von unserem Blut und haben Anspruch auf Schutz durch uns. Wir wollen nicht noch einmal Deutschland zum Lummelplatz allerhand abenteuerlicher Kriegshandlungen machen lassen. Die Regierung bereitet alles vor, um die Sicherheit unseres Volkes vor dem Imperialismus sowohl der Polen wie der Tschechen zu schützen.

Die Kämpfe mit den Polen.

Der „Telegraphen-Union“ wird aus Bromberg gemeldet: Der amtliche Bericht vom Freitag lautet: Im Laufe des gestrigen Tages geringe Patrouillentätigkeit. Eigene Artillerie beschoß Bandenansammlungen in Rittwalde und besämpfte Maschinengewehrnest und feindliche Batterien am oberen Rego-Kanal.

Rücktritt des Generals v. Winterfeldt aus der Waffenstillstandskommission.

Köln, 24. Januar. In der heutigen Vollversammlung in Spaa kündigte General von Winterfeldt an, daß er von seinem Posten als Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa zurücktritt. Den Anlaß gab eine Mitteilung des Marschalls Foch, welche von General Rudant verlesen wurde. Foch erklärte darin kurz, daß der Abschnitt östlich von Straßburg auf Grund der Vereinbarungen bei der letzten Verlängerung des Waffenstillstands binnen sechs Tagen, vom 23. Januar, abends 6 Uhr, abgeräumt werden wird.

General von Winterfeldt erklärte sofort: „Ich habe Herrn General Rudant bereits in einer privaten Unterredung mitgeteilt, daß ich in der Besetzung dieses Brückenkopfes ein beratendes Zeichen von Mißtrauen gegen die Arbeit der Kommission sehen würde, daß ich an dem Tage, wo ein derartiger Befehl gegeben werden würde, um Ablösung von meinem Posten bitten werde. Dieser Zeitpunkt ist nunmehr eingetreten.“

General Rudant erwiderte: „Ich kenne nicht einen der Gründe, die den Marschall Foch zu seiner Maßnahme bestimmt haben. Aber ich bin nahezu sicher, daß sich diese Maßnahme in keiner Weise auf die Arbeit der Kommission gründet. Ohne den Beistand des Generals von Winterfeldt einem Urteil unterziehen zu wollen, muß ich doch sagen, und zwar rein persönlich, daß ich eine solche Entscheidung bedauern würde. Es freut mich, die vollendete Form der Beziehungen, die zwischen uns geherrscht haben, anerkennen zu können.“

Die belgischen Sozialisten gegen den Imperialismus der Entente.

Brüssel, 24. Januar. (Havas.) Der Generalkonvent der sozialistischen Partei beschloß eine Tagesordnung des Inhalts, der Zusammentritt der interalliierten Sozialistenkonferenz sei notwendig und dringend, um das Wiederaufleben der internationalen Politik des Proletariats vorzubereiten und den Kampf gegen die imperialistischen Bestrebungen der Ententeregierungen aufzunehmen.

Bombardement von Oporto.

Die Monarchistenrevolte in Portugal.

Lissabon, 24. Januar. (Havas.) Nach Blättermeldungen aus Madrid haben einige portugiesische Kriegsschiffe die Stadt Oporto bombardiert. Die Flotte steht auf Seite der Revolutionäre, die Marine bliebe der Regierung treu.

Madrid, 23. Januar. Neuter. Nach einem Telegramm aus Tui ist am 23. nachmittags in Valencia die Nachricht eingetroffen, daß in Lissabon die Monarchie ausgerufen wurde.

Bolschewistische Exzesse in Spanien.

72 Unternehmer ermordet.

Die spanische Regierung ist wegen bolschewistischer Unruhen in Barcelona beunruhigt. 200 Fabriken sind geschlossen. In letzter Zeit wurden 72 Unternehmer ermordet, ohne daß man der Täter habhaft werden konnte. Man erwartet bei der bevorstehenden Abschließung von etwa 900 Russen und Tzarlen Widerstand seitens der spanischen Syndikalisten und rechnet mit der Erklärung des Belagerungszustandes in Barcelona.

Die französische Regierung sieht diese Bewegung in Spanien mit Besorgnis an und fürchtet ihr Uebergreifen auf Frankreich.

Demokratische Gemeindewahlen.

Sämtliche bisherigen Gemeindevertretungen aufgelöst.

Das preussische Staatsministerium erläßt eine Verordnung, wonach sämtliche bisherigen Gemeindevertretungen aufgelöst werden. Die Neuwahl der Gemeindevertretungen muß bis zum 2. März an einem Sonntag auf Grund des allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts aller Männer und Frauen nach dem Maßstab der Bevölkerungswahl erfolgen. Am 2. März verlieren dann die bisherigen Gemeindevertretungen jede rechtmäßige Befugnis.

In Verfolg dieser Verordnung hat das preussische Ministerium des Innern jetzt eine Verfügung erlassen, welche die Vernahme der Wahlen von Magistratsmitgliedern oder Gemeindevorständen durch die jetzigen auf Grund des Dreiklassenwahlrechts gewählten Gemeindevertretungen untersagt. Dadurch wird zugleich mit der Demokratisierung der Gemeindevertretungen auch die Demokratisierung der Gemeindeverwaltungen ins Werk gesetzt.

Der Sturm gegen den Verfassungsentwurf.

Von Prof. Dr. G. Radbruch.

Nachdem ein allgemeines Schicksal auf dem Staatssekretär Preuß und seinen Verfassungsentwurf begonnen hat, bringen wir sehr gern das ruhige Urteil eines Fachmannes zur Geltung, das sich für Preuß und sein Werk ausspricht. Neb. d. „Vorwärts“.

Die preussische Regierung protestiert gegen die Aufteilung Preußens. Auch die württembergische Regierung verurteilt den Verfassungsentwurf (selbstverständlich) aus dem gleichen Grunde. Dem bayerischen Kriegsminister ist er, zumal in seinen Bestimmungen über das Reichsheer, zu unklar. Der Zentralrat wünscht, daß neben dem vorliegenden noch ein zweiter, von einer sozialistischen Kommission ausgearbeiteter Entwurf der Nationalversammlung vorgelegt werde. Und die Volksbeauftragten lehnen es ab, den Entwurf des Staatssekretärs Dr. Preuß mit ihrer Autorität zu beden, wollen ihn nicht als Regierungsvorlage, sondern nur als schätzbare Material für die Nationalversammlung angesehen wissen! Weht das so weiter, dann wird die Nationalversammlung sich in Beratungen darüber erschöpfen müssen, welcher Entwurf ihren Beratungen überhaupt zugrunde gelegt werden soll. Die Gefahr eines zweiten Baukrieges rückt bedrohlich nahe!

Während im Wahlkampf um die deutsche Nationalversammlung die Verfassungsfragen, die doch ihre Hauptaufgabe bilden werden, eine erstaunlich untergeordnete Rolle spielten, wird in der Agitation für die preussischen Wahlen der Verfassungsentwurf in bestigster Weise parteipolitisch ausgeschlachtet. Von wem ist der Vorschlag der Aufteilung Preußens denn ausgegangen? Ein so unanzweifelbar preussisch gesinnter Mann wie der sachsenpreussische Oberpräsident v. Baiski, Mitglied der Deutschen Volkspartei, war der erste, der sich für den Gedanken aussprach. Aus rheinischen Zentren streifen kam dann das Projekt einer Republik Rheinland-Westfalen. Trotzdem schließt jetzt die Presse der Rechten den Herkühlungsplan den Demokraten in die Schuhe. Und die Demokraten, obgleich grade einer der Ihren den Verfassungsentwurf verantwortlich zeichnet und in der begleitenden Denkschrift nachdrücklich für die Aufteilung eintritt, sehen sich jetzt für die Erhaltung des alten Preußens mit der aller pflichtlichen und unerwarteten Begeisterung ein, wie in dem hinter uns liegenden Wahlkampf dafür, daß „die Kirchenglocken weiterläuten möchten“. Die Situation ist heillos vertorren.

Man möchte glauben, daß viele dieser blühenden Köpfe bisher nicht in der Lage waren, Entwurf und Denkschrift auch der Nähe zu betrachten. Soll nach dem Entwurf etwa das Reich die Herkühlung Preußens dekretieren, anhängliche Landesfürsten mit grausamer Gewalt von der Mutterbrust des preussischen Staates reißen? Der vielumstrittene § 11 will doch nur, daß auch preussische Landesfürsten nicht verlorne bleibe, was man allen Volksgruppen und -gruppen in aller Welt gewähren will: das Recht der Selbstbestimmung. Nur auf Grund einer Volksabstimmung sollen sich ja neue Staaten aus ihrem bisherigen Staatsverbande lösen können. Könnte man wirklich auch nur einen scheinbaren Rechtfertigungsgrund dafür auffindig machen, die Rheinländer oder Schlesier als dem preussischen Staatsverbande forstreiben?

Aber, sagt man, der Entwurf läßt auf Preußen einen Druck aus. Das preussische Volk muß sich in mehrere Staaten auflösen, wenn es in dem Staatenhaus des Entwurfs, dem Vertretungskörper der Einzelstaaten, mit dem vollen Gewicht seiner vier Siebentel der deutschen Bevölkerung zur Geltung kommen will. Denn der § 33 des Entwurfs will keinem einzelnen deutschen Freistaat mehr als ein Drittel der Stimmen des Staatenhauses zugestehen. Eine unheimliche, dem Mehrheitsprinzip widersprechende Bestimmung, wird man sagen. Aber sind es denn wirklich jene vier Siebentel der Reichsbevölkerung, die im Staatenhaus mit dem Gewicht von nur ein Drittel der Stimmen zur Geltung kommen? Nein! Denn nicht das ganze preussische Volk drückt sich in den preussischen Stimmen des Staatenhauses aus, vielmehr nur dessen jeweilige Mehrheit, d. h. möglicherweise nur etwa mehr als zwei Siebentel, also in Wahrheit weniger als ein Drittel der Reichsbevölkerung. Die Gesamtheit

Wohl des preussischen Volkes würde durch die preussischen Mitglieder des Staatenhauses nur dann vertreten sein, wenn diese von der preussischen Volksvertretung nach dem System der Verhältniswahl gewählt würden. Würde aber auf diese Weise die Mehrheit wie die Minderheit der Landtage im Staatenhause vertreten sein, so würde die einseitliche Durchführung der Abgeordneten desselben Staates häufiger als wünschenswert in Frage gestellt, also insbesondere ein einseitiger Wille des Staates Preußen im Staatenhause nicht zur Geltung kommen.

Man wende gegen diese Regelung nicht ein, daß von den deutschen Mittel- und Kleinstaaten ja auch nur die Parlamentarier im Staatenhause vertreten sei, daß also bei jeder Regelung, welche nicht die Majorität der Sitze des Staatenhauses in Preußen enthält, die summierten Mehrheiten dieser Staaten, also ein kleiner Bruchteil des deutschen Volkes, dessen große preussische Mehrheit jederzeit verzwölffachen könne. Denn die Lage auf beiden Seiten ist sehr verschieden: auf der preussischen Seite ist die geschlossene Balance der Stimmen im Staatenhause jederzeit vorhanden, auf der anderen Seite müßte sie aus den Stimmen vieler verschiedener Staaten über mancherlei Interessengegenstände hinweg immer erst von Fall zu Fall gebildet werden.

Die preussische Bevölkerung mit ihrer vollen Quote, ohne die Höchstgrenze des § 23, im Staatenhause zur Auswirkung gelangen zu lassen, würde bedeuten, daß die Segemone Preußens in Deutschland, wenn auch in vermindertem Maße, fortbestünde. Die preussische Hegemonie stütze sich bisher einerseits auf die Verbindung der preussischen Königs mit der deutschen Kaiserkrone, andererseits auf das Schwergewicht der preussischen Stimmen im Bundesrat. Die erste Stütze ist gefallen, die zweite würde in veränderter Gestalt fortbestehen, wenn Preußen entsprechend seiner Bevölkerungszahl im Staatenhause vertreten wäre. Preußen würde dann zwar nicht mehr regierend, wohl aber hemmend dem Reiche seinen Willen aufzwingen können. Auch so würde Deutschland nach wie vor ein Großpreußen bleiben. Will man das nicht, so bleibt nur die andere Alternative: festzuhalten am Entwurf Preuß.

Es bliebe freilich noch eine dritte Möglichkeit: eine Massenversammlung Düsseldorf demokratischer Art nach einem Vortrage des Arbeitersekretärs Erlesen eine Entscheidung angenommen: lieber gar kein als ein zertrümmertes Preußen, lieber ein Einheitsstaat als „Verhinderung“ der Bundesstaaten, als mit einem Ausdruck von Friedrich Engels „föderalistische Verhinderung“ des Reiches! Aber glaubt irgend jemand ernstlich, daß Süddeutschland, daß vor allem Bayern, jemals in dem Einheitsstaat einwilligen wird?

Es ist nicht unmöglich, daß der plötzlich erwachte preussische Sonderpatriotismus mehr laute Stimmkraft als wirkliche Stimmenzahl besitzt. Das könnte sich aber erst in der preussischen Nationalversammlung zeigen, die deshalb, um der deutschen Nationalversammlung in dieser Hinsicht zuverlässige Unterlagen für ihre Verfassungsberatung zu liefern, gleichzeitig mit ihr tagen müßte — freilich in Weimar doch wohl nicht tagen würde, ein weiterer Grund gegen die ungeliebte Verbindung der deutschen Nationalversammlung aus Berlin.

Bei der Sozialdemokratie steht es jetzt mit Entscheidung und Festigkeit den Entwurf Preuß durchzuführen, der den einzigen Ausweg aus sonst unlösbaren Schwierigkeiten weist.

Die Abrüstung.

Wie England und Frankreich sie anstellen.

Rotterdam, 24. Januar. Dem Komitee Rotterdamer Courant folgende Erklärung: „Der Herr van der Meer, der die Friedenskonferenz gestern über die Abrüstungsbeschränkungen verhandelt hat, sprach sich sehr eindeutig aus, daß die britische Flotte nicht vermindert werden könne. Clemenceau sagte, daß Frankreich ein Heer haben müsse, das größer sei als je.“

Rotterdam, 24. Januar. Laut Rotterdamer Courant wird der „New York Herald“ aus Paris gemeldet, daß der Entwurf über den Völkerverbund und das Unterseeboot als Kriegsmittel beibehalten werden und von allen Ländern, die den dies-

Das Ende der Zarenfamilie.

Der Schicksal in der Tragödie der Zarenfamilie ist in Deutschland bekannt nur in groben Umrissen bekannt geworden. Graf A. A. Tolstoj, der kürzlich in Berlin weilte, hat der in Berlin erscheinenden russischen Zeitung „Grenja“ nähere Tatsachen, die von einer Untersuchungskommission in Sibirien veröffentlichte, mitgeteilt. Die Zarenfamilie ist danach nach der Überführung nach Jelzarsk von der roten Garde in der gemeinsamen und unerschütterlichen Weise mißhandelt, gequält und schließlich ermordet worden. Als die britischen und sibirischen Truppen sich näherten, war das Schicksal der in einem elenden Logis untergebrachten Gefangenen festgelegt. Es wurde in provokatorischer Absicht das Gerücht verbreitet, die britischen Truppen wollten den Zaren wieder einlösen. Die rote Garde griff daraufhin in Unruhe und forderte die Befreiung der gesamten Zarenfamilie sowie sämtlicher ihrer Gefangenschaft teilenden Personen. Da der Jelzarsker Rat der Volksbeauftragten schwankte, hielten die Rotgardisten am 16. Juli eine Versammlung ab, die in eine förmliche Empörung gegen den Rat und den A. und S. Rat ausartete. Unter diesem Terror beschloß dann der A. und S. Rat die Hinrichtung, mit deren Ausführung die nachfolgende Mitteilung der Rotgardisten betraut werden sollte. Die Wache verweigerte den Rotgardisten der Wache nicht einmal die Vorlegung ihrer Mandate über des Reichs. Die mündliche Mitteilung wurde von einem wachsenden Hurra empfangen, worauf der Gouverneur der Rotgardisten laut rief: „Wachet und wachet dem Schicksal der Zarenfamilie zu.“

Als der Rat und die Partei des Schicksals der nahenden Rotgardisten vernahm, begriffen sie sofort, um was es sich handelte. Sie warfen sich über die Leiber und um sie zu retten, um sie zu retten, um sie zu retten. Die dem Schicksal ergriffenen Rotgardisten brachten sich aneinander. Der Thronfolger brach in Tränen aus, er versuchte sich zu erheben und fiel aus seinem Krankenwagen. Der Rat nahm seinen kranken Sohn in die Arme. Da öffnete sich die Tür und der Justizminister Jurowski, gefolgt von den bewaffneten Rotgardisten, trat ein. Jurowski wandte sich mit einem metaphysischen Blick zum Rat und sagte: „Die ich liebe, haben Sie sich schon bereit gemacht.“ — „Ja, ich bin bereit!“ antwortete der Rat. — „Aber nicht die allein brauchen wir!“ rief Jurowski hervor und fügte zynisch hinzu: „Wir werden auch deiner Zarin... und deiner ganzen...“

„Du wies mit der Hand auf die Zarenfamilie und die Zarinin...“

bestimmten Vertrag unterzeichnen, fordert, daß sie alle Waffen dieser Art vernichten. Die Engländer und Amerikaner haben eine große Abneigung gegen die Ansprüche der französischen Militärs auf den Besitz des linken Rheinufers, ebenso auch gegen die italienischen Forderungen bezüglich der östlichen Adriaflüsse.

Es bleibt bei Weimar!

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgende Verordnung über die Berufung der verfassungsmäßigen deutschen Nationalversammlung vom 21. Januar 1919:

Die am 19. Januar 1919 gewählte verfassungsgebende Deutsche Nationalversammlung wird berufen, am 6. Februar 1919 in Weimar zusammenzutreten. Der Staatssekretär des Innern wird mit den zu diesem Zweck nötigen Vorbereitungen beauftragt.

Berlin, den 21. Januar 1919.

Die Reichsregierung,
Ebert, Scheidemann,
Der Staatssekretär des Innern,
Dr. Preuß.

Nur noch 5 Pfund Kartoffeln! 100 Gramm Fleischzulage.

Das Reichs Ernährungsamt gibt bekannt, daß es sich auf Grund der vorhandenen Lebensmittelvorräte gezwungen sieht, vom 1. Februar an die wöchentliche Kartoffelration pro Person auf 5 Pfund herabzusetzen. Dagegen wird die jetzt geltende Fleischration für jede Person um 100 Gramm erhöht. Die Schwerarbeitenden sollen fort. Nur noch einzelne Schwerarbeiter-Kategorien werden Zulagen erhalten (Bergarbeiter unter Tage und andere).

Das sterbende Altpreußen.

Ein gutes Omen für die kommende Wahl.

In allen Anglisten schreien große Plakate der Deutschen nationalen Volkspartei den harmlosen Strahnpassanten an, er solle „Preußen retten“. Aber schon die Wahlen vom 19. Januar haben gezeigt, daß von dem Preußen, das die Herren konservativen meinen, nicht mehr zu retten ist. Das alte Junkerliche Preußen ist tot, denn es ist im Herzen der Bevölkerung ausgeblutet.

Dafür legt nichts so deutlich Zeugnis ab wie das Ergebnis der Wahlen in den „alten“ (ostpreussischen) preussischen Provinzen. Sie galten bisher als die Hochburgen des Junkertums und des Konservatismus, aber gerade in ihnen hat die feudale Partei eine geradezu vernichtende Niederlage erlitten. Wenn man ein Wahltableau der Reichstagswahlen von 1907 zur Hand nimmt, so findet man darauf den ganzen Osten Deutschlands, mit Ausnahme der polnisch sprechenden Gebiete, so gut wie lückenlos mit der blauen Farbe der Konservativen überzogen. 1912 hat sich das Bild zwar etwas geändert, einige ostpreussische Wahlkreise haben liberal, einige märkische Kreise sozialdemokratisch gewählt, aber noch überhäufig das konservative Preußisch-blau auf weite Flächen alle anderen Schattierungen.

Jetzt ist mit dem Aufhören des Junkerlichen Terrors die wahre Gesinnung der unterdrückten Landbevölkerung zutage getreten. Der Wahlausfall in Ostpreußen ist vielleicht die größte Überraschung in dem gesamten Wahlresultat. In Ostpreußen z. B. haben über 400 000 Wähler sozialdemokratisch, über 200 000 bürgerlich-demokratisch und nur 100 000 konservativ (Deutschnationale Volkspartei) gewählt. Westpreußen entsendet fünf Sozialdemokraten in die Nationalversammlung, drei bürgerliche Demokraten und nur zwei Deutsch-Nationale. Der Regierungsbezirk Frankfurt a. O. brachte 320 000 sozialdemokratische gegen 120 000 Deutschnationale Stimmen auf. In der Provinz Pommern werden fast doppelt soviel sozialdemokratische Stimmen wie Deutschnationale gezählt, 5 Sozialdemokraten, 2 bürgerliche Demokraten gegen 8 Deutschnationale entsendet Pommern in die Nationalversammlung.

Dieses Wahlergebnis in den ehemals Junkerlichen Domänen zeigt, daß das alte Preußen aufhört, hat, zu existieren.

ten sie in der Partei wahrer Bedeutung zur Hinrichtungsstelle, dem Keller des Hauses.

An der Krippe, die zum Keller führt, begegneten die Verurteilten einer anderen Gruppe, bestehend aus dem Leibarzt Volkin, Frau Schneider, dem Fürsten Dolgorouki und dem Grafen Talschew.

„Sie auch?“ sprach der Zar zu Volkin. Der Professor zitterte heftig und blieb stumm. Da man befürchtete, daß im engen, mit Pleßsteinen ausgelegten Kellerraum die Gewerkschaften abprallen könnten, schossen die Rotgardisten auf die Verurteilten und nächster Reihe mit Revolvern, indem sie zwischen die Augen oder auf die Schläfen zielten. Man erschloß die der Reihe nach, jeden einzeln, ergab sich nachträglich Regimentskommissare und Rotgardisten ihren Bekannten. Erst kam die Zarin, dann ihre Töchter und zum Schluß der Zar, welcher den Thronfolger nicht aus den Armen gelassen hatte.

Die Leichen der Hinrichteten wurden auf ein Lastautomobil geladen und nach in derselben Nacht nach einem verlassenem Schwatz außerhalb der Stadt gebracht. Dort wurden sie mit Petroleum bespritzt und angezündet. Der Hauken Asche und verrosteter Knochen wurde mit Erde vermischt.

Der „Nationalitätswahnsinn“ und der Völkerverbund.

Im Jahre 1885 schrieb Friedrich Nietzsche:
„Tausend der krankesten Entwürfe, welche der Nationalitätswahnsinn zwischen die Völker Europas gelegt hat und noch legt, bank ebenfalls den Kollapsen des kurzen Blicks und der raschen Hand, die heute mit seiner Hilfe oben auf sind, werden jetzt die unabweisbarsten Anzeichen übersehen oder willkürlich und lägenhaft umgedeutet, in denen sich ausdrückt, daß Europa ein zu werden will. Was muß es in den Kauf nehmen, wenn einem Volke, das an nationalem Nervensystem leidet, leidet in 111, mancherlei Klaffen und Störungen über den Geist ziehen, kurz, keine Anzeichen von Verdummung: zum Beispiel bei den Deutschen von heute bald die antifranciale Dummheit, bald die antijüdische, bald die antipolnische, bald die letonische, bald die preussische und wie sie alle heißen mögen, die kleinen Verleumdungen des deutschen Geistes und Gemüts. Europa drängt und sehnt sich hinauf nach einem neuen Lichte, nach einer neuen Sonne.“

So verhängte Nietzsche vorausahnend, wonach sich die Menschheit sehnte, nach einem Völkerverbund, nach einem friedlichen und geeinigtem Europa.
Napoleon, Goethe, Beethoven, Heinrich Heine, Richard Wagner, Schopenhauer, alle diese Meister neuer Sprachmittel, waren nach Nietzsches Ansicht gemäß von diesem Drang; sie alle suchten und ersehnten, daß Europa eins werden möge.
Dah es die Wiffen der Sozialdemokratie sei, die Menschheit dem neuen Lichte entgegenzuführen, das sah Nietzsche nicht, weil die Sozialdemokratie damals noch in ihren Kinderjahren lag. Vom Kapitalismus, von Ständevorurteilen, Ständebüffel und Ständevorurteilen befreit, befreit von der Herrschaft der Weltjude, Junker

ren. Die Wahl am kommenden Sonntag muß diese Aufgabe bestätigen und unterzeichnen. Nicht das alte Preußen gilt es zu retten, sondern das preussische und deutsche Volk muß vor jeder Mäßigkeit der Wiederkehr altpreussischer Zustände gerettet werden!

Das geschieht am sichersten, wenn jeder Wähler und jede Wählerin einen sozialdemokratischen Stimmzettel in die Urne legt. „Vollstreckung über die Junkerherrschaft“, so lautet die Losung für den kommenden Sonntag. Die Berliner Bevölkerung darf allein darauf zählen, sich von den ehemals als „rückständig“ geachteten Ostpreußen und Pommern nicht beschämen zu lassen. Wenn Ostpreußen, eine Provinz mit einer zu drei Viertel ländlichen Bevölkerung, fast 50 Prozent sozialdemokratische Stimmen aufbringt, so muß Berlin einen viel, viel höheren Prozentsatz an roten Stimmzetteln aufweisen, sonst ist Berlin gegen Ostpreußen rückständig!

Abrücken von Preuß.

Gibt es keine preussische Frage?

Der Bezirksverband der Deutschen Demokratischen Partei Berlin übersendet der liberalen Presse folgende Erklärung:

Der Ausschuh der Obmänner der Deutschen Demokratischen Partei des Reichswahlbezirksverbandes Berlin hat — schon vor längerer Wochen — einstimmig den Beschluß gefaßt, für die Preussische Nationalversammlung nur solche Kandidaten zuzulassen, die in der Nationalversammlung gegen jeden auf die Verhinderung Preußens hin gerichteten Antrag stimmen. Es darf daher angenommen werden, daß Herr Staatssekretär Dr. Preuß nach der Veröffentlichung seiner Denkschrift eine auf ihn fallende Wahl nicht annehmen wird.

Die Berliner Deutsch-Demokraten zeigen mit dieser Erklärung, daß ihr Geist noch genau der der Fortschrittlichen Bezirksvereinsgrößen von ehemals ist. Ein konterbatterer Entrüstungstrummel genügt, um ihre demokratische Mannhaftigkeit zusammenklappen zu lassen. Man mag zu dem Preussischen Vorschlag stehen wie man will, jedenfalls kann die Erhaltung der weiland hohenzollernischen Hausmacht vom demokratischen Standpunkt aus durchaus keine Gewissensfrage sein. Ein wirkliches Interesse an der Aufrechterhaltung des alten „Preußen“ haben nur die altpreussischen Machthaber, in den Volkswaffen hat nie ein besonders Anhänglichkeitsgefühl an ein Staatsgebilde bestanden, das auf rein dynastischer Grundlage ohne organischen Zusammenhang zusammengebaut worden ist. Mag der Vorschlag des Herrn Preuß gut oder schlecht sein, er hat jedenfalls das Verdienst, die Existenz einer preussischen Frage mütig bejaht zu haben, während wir darin, vor dieser Frage einfach die Augen zu schließen, für einen Demokraten durchaus kein Verdienst sehen.

Die Lage in den Kohlenrevieren.

Entgegen den günstiger lautenden Nachrichten einiger Blätter muß festgestellt werden, daß in Oberschlesien die Kohlenförderung infolge des Streiks immer noch äußerst gering ist. Am 23. Januar sind 2468 Wagen (gegen normal 12 000) verladen worden. Am 24. Januar sind 2418 Wagen angefordert worden. Es freiten noch immer 84 Gruben. Da in Oberschlesien Frostwetter eingetreten ist, so wird sich die Transportmöglichkeit vorläufig ausschließlich auf den Bahnweg beschränken. Infolge der Eisenbahnstörungen gestaltete sich die Abfuhr schleppend. Am Rheinisch-Westfälischen Steinkohlenrevier wurden am 23. Januar 6764 Wagen (gegen normal etwa 25 000) verladen.

Aus Weutchen wird unter dem 24. gemeldet: Nach achtstündiger Arbeitruhe ist heute ein Abflauen des Streiks festzustellen. Während sich gestern von 64 Gruben noch 37 im Ausstand befanden, ist heute die Zahl der Ausständigen merklich zurückgegangen. Auf einzelnen Gruben beträgt die Zahl der Arbeitenden 80 bis 60 Prozent und die Zahl der Ausständigen heute 15 000 gegen 20 000 gestern.

und Pfaffen, wird die Menschheit, einerlei welcher Rasse und Sprache, den Weg zur neuen Sonne, zum Völkerverbund finden. Sie dahin zu führen, das ist die Wiffen der Sozialdemokratie.

Ein Kellner-Drama.

Der Kell in das Berliner Leben eingetragene Kellnerdrama, den die Reichshauptstadt soeben erlebte, hat die soziale Lage dieser Berufsangehörigen plötzlich scharf in den Vordergrund gestellt. Man sah, eine wie wichtige Rolle dem Kellner im öffentlichen Leben zuzählt. Die Psychologie des Kellners bot, unseres Wissens das erste und einzige Mal, bereits einem Dichter den Stoff zu einem ersten Bühnenwerk, das seinerzeit beträchtliches und berechtigtes Aufsehen machte und von seinem Vorgänger als Erich Schmidt in die Öffentlichkeit geleitet wurde.

Das Kellnerschauspiel hieß „Die Episode“, sein Verfasser Otto Riemerschmid schrieb es mit neunzehn Jahren und neuen einer Reihe anderer Bühnenstücke es auch die „Moderne Bühne“ im Lessingtheater im Jahre 1902 auf. Die eigenartig und außerordentlich interessant angefaßte Arbeit, die zwar die Schwächen, aber auch die Vorzüge eines dramatischen Jugendwerkes verriet, war der Gegenstand lebhafter Diskussionen darüber, ob ein Kellner überhaupt ein erster Bühnenstoff sein dürfte. Die jüngsten Ereignisse haben dem Dichter Recht gegeben. Die „Episode“, die jahrelang nur eine Episode blieb, erlebt nun vielleicht eine Aufwertung, die zum Verständnis der sozialen Wirklichkeitsvorgänge ein literarisch wertvoller Beitrag sein dürfte.

Notizen.

— Theater. Die Uraufführung von Strindberg „Luther“ in der Volkshäuser findet am kommenden Freitag statt. — Als Grönung übernimmt am Sonntag die Rolle der Mutter Ladel in Hofmanns „Die im Schatten leben“ im Volkstheater. — Am Theater: i. d. Königsgrabenstraße ist die Uraufführung von Wilhelm Staudens „Serpis“ auf Freitag, den 31. Januar gelegt worden.

— Russl. Das von Henry Seiffert neu gegründete „Seiffert-Quartett“ gibt seinen ersten Kammermusikabend unter Mitwirkung von Max Nordenskiöld, Hermann Lampe und Ernst Danneberg am 28. Januar im Reichstheater. Das Programm enthält Quartette von Mendelssohn, Beethoven und Adolf Schimon.

— Vorträge. Bruno Decarli vom Deutschen Theater verankelt am 31. Januar einen Heibel-Heine-Abend im Reichstheater.
— Teptow-Sternwarte. Folgende Vorträge finden statt: 25. Januar, 5 Uhr: „Arktische a. d. Ostsee“, i. d. Sächsischen Schweiz und dem Spreewald“ (Rime); 26. Januar, 3 Uhr: „Wald aus der Mark Brandenburg“ (Arch. Lichtbl., u. Rime); 7 Uhr: „Von Monte Rosa zur arktischen Höhe“ (Rime); 28. Januar, 7 Uhr: „Kometen und Sternschnuppen“ (Waldbildervortrag von Dr. Ardenhold). Täglich Beobachtungen u. d. großen Fernrohr bis 10 Uhr abends.

Am Sonntag Wahlen zur preußischen Nationalversammlung.

Wählt die Kandidaten der sozialdemokratischen Mehrheitspartei.

für Berlin: Liste Paul Hirsch.
Teltow-Beeskow: Otto Hue
Potsdam 1-9: Konrad Haenisch

Zur Wahl in Berlin.

Ist die Mithilfe aller Genossinnen und Genossen dringend erforderlich. Um allen Anforderungen gerecht zu werden, darf keiner fehlen; je mehr Hilfe, desto leichter die Arbeit für jeden einzelnen. Treffpunkt Sonntag früh 8 Uhr in folgenden

Zentralstellen der 48 Abteilungen:

- 1. Oberlands Festhalle, Neue Friedrichstr. 35. Red. 4854.
2. Schirm, Charlottenstr. 7/8. Rpl. 111 56.
3. Schultheiß, Bülowstr. 27. Rpl. 4065.
4. Schneider, Winterfeldstr. 8. Rurf. 8180.
5. Reufner, Vogelberger Str. 20a. Rollend. 824.
6. Dorlich, Bergmannstr. 95. Rurf. 6565.
7. Portmann, Blücherstr. 61 L. Rpl. 125 70.
8. Rodt, August Dieffenbachstr. 36. Rpl. 125 48.
9. Geise, Cronenstr. 153. Rpl. 112 39.
10. Daus, Lauffer Str. 46. Rpl. 2988.
11. Nicolai, Oppelner Str. 6. Rpl. 104 13.
12. Weizer, Brannellstr. 22. Rpl. 1000.
13. Gionell, Frib, Prinzenstr. 88. Rpl. 3001.
14. Wein, Alexanderstr. 30. Rpl. 9313.
15. Kleines Gewerkschaftshaus, Elisabethstr. 11. Rpl. 3024.
16. Schudert, Rüdigerdorfer Str. 8. Rpl. 1503.
17. Wilhelm, Hohenlohestr. 3. Rpl. 3233.
18. Schmiedewitz, Gubener Str. 45. Rpl. 2201.
19. Bittor, Schreinerstr. 7. Rpl. 8819.
20. Heide, Ferkburger Str. 9. Rpl. 1677.
21. Weber, Ebertstr. 45. Rpl. 1826.
22. Bauer Große Frankfurter Str. 1. Rpl. 1462.
23. Gott, Bardelebenstraße Ecke Androdestraße. Rpl. 224.
24. Koch, Immanuelstr. 13. Rpl. 1264.
25. Koch, Neue Königstr. 24. Rpl. 3383.
26. Lude, Lotharinger Str. 82. Rpl. 102 87.
27. Dobroslaw, Spinnmüller Str. 11. Rpl. 102 71.
28. Gutschmann, Marienburger Str. 1. Rpl. 3470.
29. Burg, Frenzlauer Allee 189. Rpl. 4066.
30. Brunau, Stahlheimer Str. 30. Rpl. 8521.
31. Goldschmidt, Stolpische Str. 30. Rpl. 8880.
32. Korn, Gleimstr. 10. Rpl. 4174.
33. Hoffmann, Spinnmüller Str. 47.
34. Goldbach, Vincaplatz 7. Rpl. 3086.
35. Paßke, Adlerstr. 81. Rpl. 5688.
36. Warmalbe, Schlagerstr. 8. Rpl. 4452.
37. Buchhof, Wilmersdorfer Str. 36. Rpl. 9578.
38. Koch, Berthstr. 4. Rpl. 1935.
39. Kleinert, Dechowstr. 21. Rpl. 7967.
40. Lange, Bielestr. 45. Rpl. 2308.
41. Behrend, Stromstr. 26. Rpl. 7669.
42. Voigt, Sprengelstr. 17. Rpl. 7075.
43. Reher, Panitzstr. 82. Rpl. 7774.
44. Kerfin, Panitzstr. 60. Rpl. 5344.
45. Pofe, Koloniestr. 15. Rpl. 5808.
46. Ruch, Weddingstr. 5. Rpl. 592.
47. Senfel, Ullricher Str. 10. Rpl. 1998.
48. Polzin, Müllerstr. 131. Rpl. 2578.

Stimmzettel unserer Partei sind in diesen Lokalen zu haben. Weitere Auskunft und Meldungen der Genossen zur Wahlhilfe im

Zentralwahlbureau Lindenstr. 3, 2. Hof III.
Telephon: Amt Moritzplatz 304 und 115 75.

Sonntag ist Preußenwahl.

Alle Deutschen über 20 Jahre, nicht nur die Preußen, sind wahlberechtigt. Der Wahlvorgang ist genau derselbe wie am letzten Sonntag. Die Beteiligung muß noch stärker sein. Die bürgerlichen, insbesondere die reaktionären Parteien, müssen noch weniger Mandate erlangen als bei der Reichswahl. Wollen sie doch Preußen weiterhin zum verhassten Reaktionshort in Deutschland machen. Sehe jeder, daß keiner von seinen Angehörigen, Kollegen und Bekannten unterlasse, sozialdemokratisch zu wählen!

Groß-Berlin

Auf zur Wahl!

Herbei, herbei, Genossen all!
In Massen eilt zur Preußenwahl!
Dem freien Deutschland soll's gehören,
den Kampf ums Brot
aus dieser Not
zum Siege durchzuführen!

Die kommunalen Arbeiterräte Groß-Berlins

Hatten gestern eine Konferenz, in der sie ihre Erfahrungen mit den in einer früheren Konferenz beschlossenen Richtlinien erörterten. Der Vorsitzende Rich. Müller rügte in seinem Bericht, daß vom Rat der Volksbeauftragten noch keine Mitteilung über seine Stellungnahme zu diesen Richtlinien gekommen ist. Er beklagte, daß von dem anfänglichen Einfluß der Arbeiterräte immer mehr abgedrückt sei. In den ersten Tagen der Revolution habe man ihre Rechte nicht zu bestreiten gewagt und ihre kraft revolutionären Rechts erlassenen Verfügungen ohne Widerspruch hingenommen, heute aber werde es schon wesentlich anders. So sei die Verfügung des Volksrates, daß für die Revolutionstage vom 9. und 11. November der Lohn gezahlt werden soll, aus Anlaß einer Klage vor dem Gewerbeamt durch das Reichsarbeitsamt und durch das Reichsjustizamt für ungültig erklärt worden. Wenn im neuen Deutschland kein Wohl mehr für die Arbeiterräte sein sollte, so werde das um die Früchte der Revolution gebrachte Proletariat nicht dazu schweigen. In der Diskussion wurden die Klagen über das Schwinden des Einflusses der Arbeiterräte fast von allen Rednern unterstützt. So sprach Niederbarnim fürdort daß nach dem Zusammenritt der Nationalversammlung die Arbeiterräte werden gehen können.

Webermann-Fegel forderte Einigung der Arbeiterklasse, aber der Arbeiter, nicht der Führer. Das Rätesystem müsse auf dem nächsten Parteitag in das Programm aufgenommen werden. Heilmann-Neußlin berührte die Vorgänge im Reichsrat Arbeiter- und Soldatenrat, aus dem die Mehrheitssozialisten ausgeschlossen worden sind. Mit der Wiederbeteiligung nach dem Grundgesetz der Parität könne er sich nicht einverstanden erklären. Gedacht werde dabei an Parität zwischen drei sozialistischen Parteien - den Arbeitern, den Unabhängigen und den Kommunisten. Die Mehrheitspartei lehne es ab und fordere Wahlen nach dem Proportionalwahlrecht, damit die Arbeiterräte nach dem Willen der arbeitenden Bevölkerung zusammengesetzt werden. Siebers-Neußlin erwiderte, auch er betrachte die paritätische Zusammensetzung nicht als Ideal, sondern wolle Wahlen auf breiter Grundlage unter Beteiligung aller Parteien. Aber wahlfähig und wählbar dürfe nur sein, wer wirklicher Arbeiter ist. Reinhard-Wilmerdorf forderte, daß allein die Vertreter des revolutionären Proletariats in den Gemeinden zu bestimmen haben. Die Arbeiterräte sollten auch die Einigung der Genossen herbeiführen, zu der denn die Regierung Stellung zu nehmen habe. Gegen allgemeine Wahlen zum Arbeiterrat wandle sich der Redner sehr entschieden. Nur die sollten wählen dürfen, die den Umsturz vorbereitet und vollbracht haben. (Widerspruch) Mit Zureden nehme man nicht dem Geld das Wort und auf Zureden gebe er es nicht auf. Koch-Schöneberg hält für undurchführbar, daß der Arbeiterrat in der Kommune gewissermaßen das Hauptbestimmungsrecht haben soll, wie die Richtlinien es wollen. In Schöneberg komme man ganz auf damit aus, daß man ein Aufsicht- und Kontrollrecht ausübe. Aber diktatorisch könne man nicht vorgehen. Im weiteren Verlauf der Diskussion wandte sich Salfs-Fegel gegen Rich. Müllers Darstellung die den Arbeiterräten eine gewisse Rolle, als ob die Arbeiterräte am Ende ihres Bestehens seien. Weber forderte Beteiligung der Landgemeindeordnung. Auf die Notwendigkeit baldiger Wahlen zu den kommunalen Körperschaften wies Rudig-Panitz Em. Rich. Müller betonte im Schlußwort, daß es keine Pflicht war, das Schwinden des Einflusses der Arbeiterräte rückhaltlos zu erklären. Einigkeit der Arbeiterräte wünscht auch er, aber die Gegenüber seien sehr groß, gerade bezüglich der Arbeiterräte. Doch die Massen würden sich zusammensetzen, sie würden sich zusammensetzen müssen gegen das wiederwachsende konterrevolutionäre Bürgertum.

Angenommen wurde der Antrag, zu der nächsten Versammlung der kommunalen Arbeiterräte den Minister des Innern zu laden. In drei Resolutionen erklärten die Arbeiterräte: daß sie von den Volksbeauftragten in Preußen die umgehende Vorlegung eines Gesetzes über die Wahlen zu den kommunalen Vertretungen erwarten; daß sie gegen die Verhaftungen von Arbeiterräten protestieren und Stimpfung ihrer Autorität durch die Regierung verlangen; daß sie im Hinblick auf die in Reichsdorfer und anderen Orten vorerwähnten Verhaftungen gegen Willkür der Soldateska und Offiziershabe protestieren. Immunität der Arbeiterräte fordern und den Volksrat beauftragen, der Regierung einen dahingehenden Antrag vorzulegen.

Die Junkerrecht haben sie behalten, wenn sie sich jetzt auch „Deutschnationale Volkspartei“ nennen. In einem Flugblatt wird ein Gespräch zwischen einem Inassen der Volksrechtler Partei und einem Vorübergehenden geschildert, den Sozialisten aus-

Das Morgengrauen.

Von Henri Barbusse.

(Schluß)

Und wenn sie auch sagen, daß sie den Krieg nicht wollen, so machen sie doch alles, um ihn am Leben zu erhalten. Sie nähren die nationale Eitelkeit und die Vorliebe für das Nachtprinzip. „Wir allein“, schreit ein jeder hinter seinem Gitter, „wir allein haben den Mut, die Ehrlichkeit, das Talent und den guten Geschmack für uns gepachtet!“ Unter ihnen wird die Größe und der Reichtum eines Landes zu einer gefährlichen Krankheit. Aus der Vaterlandsliebe, die wohl recht und gut ist, solange sie die Grenzen des Gefühlsmäßigen und Künstlerischen nicht überschreitet, genau wie der ebenso heilige Familieninn und die Vorliebe für die Provinz, aus all dem machen sie einen utopischen und unmöglichen Begriff, der das Gleichgewicht der Welt stört, eine Art Krebsgeschaden, der alle Lebenskräfte auffaßt, alles für sich in Anspruch nimmt und das Leben mirigt und schließlich durch Anstreckung den Krieg heraufbeschwört, oder einen gewappneten Frieden, der zur Erschöpfung und zur Lähmung führt.

Sie fälschen die anbetungswürdige Moral: Wie viele Verbreden haben sie mit einem Wort zu Tugenden gemacht, indem sie sie nationale nannten! Selbst die Wahrheit gestalten sie um. An Stelle der ewigen Wahrheit legt ein jeder seine nationale Wahrheit. Soviele Völker, soviel Wahrheiten, die einander nicht akten lassen und die Wahrheit fälschen und sie verzerrern. Alle die Leute, die jene kindischen, ekelhaft lächerlichen Reden führen und die sich über eure Köpfe hinweg herumzanken: „Ich hab nicht angefangen, du hast angefangen!“ - Nein, ich bin's nicht gewesen, du warst es! - Fang doch du an! Nein, fang du an!; alle diese Hindereien, die die ungeheure Weltwunde offen halten; denn nicht die eigentlichen Beteiligten haben das Wort, im Gegenteil; somit fehlt aber auch der rechte Wille, der Geschichte ein Ende zu machen; alle die Leute, die auf Erden keinen Frieden machen, können oder wollen; alle die Leute, die sich aus dem einen oder andern Grund an die frühere Weltordnung anklammern, sie begründen und zu ihren Gunsten Beweise erfinden, diese Leute sind eure Feinde!

Sie sind eure Feinde wie heute die deutschen Soldaten, die hier bei euch liegen, eure Feinde und nur arme Leute sind, die man schände betrogen und abgestumpft hat, und die zu zahmen Tieren geworden sind. . . . Neue sind eure Feinde, wo sie auch geboren sind, ganz gleich, wie man ihren Namen ausspricht, ganz gleich, in welcher Sprache sie liegen. Schaut sie euch an im Himmel und auf Erden. Schaut sie euch überall an! Und merkt sie euch ein für allemal, damit ihr sie nie wieder vergeßt!

- Sagen werden sie, schimpfte einer, der schlief auf den Knien lag, die beiden Hände in der Erde hatte und seine Schultern wie eine Dogge schüttelte: „Mein Lieber, ein Feld bist du gewesen, wunderbar!“ Ich will nicht, daß mir einer so was sagt!

„Helden, außerordentliche Wesen, Götzen? Dummes Zeug! Genfer sind wir gewesen. Wir haben ehrlich das Genferhandwerk ausgeübt. Und wir werden's noch weiter betreiben und sogar gründlich, weil es groß und wichtig ist, dieses Handwerk auszuführen, um den Krieg zu rächen und zu erspähen. Die Hand, die zum Töten ausholt, ist immer gemein - manchmal muß sie es, aber sie ist immer gemein. Jawohl, roh und unermüdliche Schlächter sind wir gewesen, weiter nichts. Aber es soll mir keiner kommen und von Soldatentugenden sprechen, weil ich Deutsche geistert habe.“

Wir auch nicht, rief eine andere Stimme so laut, daß ihr niemand hätte antworten können, selbst wenn es einer gewagt hätte, auch mir nicht, weil ich Franzosen das Leben gerettet habe! Denn sonst laßt uns die Feuersbrunst verberlichen, weil sie uns Gelegenheit gibt, uns als edle Retter zu zeigen!

- Es wäre ein Verbrechen, die schönen Seiten des Krieges zu zeigen, murmelte einer jener düstren Soldaten, selbst wenn es welche gäbe!

- Und man wird dir's doch sagen, fuhr der erste fort, als Ruhmeslohn und auch als Lohn für das, was man nicht getan hat. Aber der Kriegerruhm selbst ist nicht für uns einfache Soldaten. Der gehört einigen wenigen; sonst aber, abgesehen von diesen Auserwählten, ist der Soldatenruhm eine Lüge wie alles, was im Kriege nach Schönheit riecht. In Wirklichkeit ist das Opfer des Soldaten ein dunkles Verschwinden. Die, die in Haufen die Angriffswellen bilden, tragen keinen Lohn davon. Nie wird man ihre Namen, ihre kleinen winzigen Namen zusammenbringen können.

- Geh! und n' Dreck an, antwortete einer. Wir haben an anderes zu denken.

- Aber darfst du das laut sagen? meinte ein verdecktes Gesicht, das der Not wie eine häßliche Hand versteckte. Verdammten auf den Scheiterhaufen brädest sie dich! Um den Helmbusch haben sie eine Religion gebildet, die eben so böse, ebenso dumm und verbrecherisch ist wie die andere!

Dann richtete sich der Soldat auf, stürzte zusammen und richtete sich abermals auf. Unter dem schmutzigen Rotwanzen trug er eine Wunde und besaß den Boden; als er aber seinen Satz ausgesprochen hatte, starrte er mit weitgeöffnetem Auge sein ganzes Blut an, das er zur Genesung der Welt geopfert hatte.

Die andern richteten sich nacheinander auf. Das Gewitter verdichtete sich und senkt sich auf die weiten, zerfah-

benen und geflochtenen Felder. Der Tag ist mit Nacht gedwängert. Und es ist, als ob unaufhörlich feindliche Menschengestalten und Männerbanden auf den Gipfeln der Wolken neu erkünden, geschart um die barbarischen Silhouetten der Kreuze, der Wälder, der Kirchen, der Herrscherpaläste und der Heeresstempel, als ob sie ungeheuerlich anwachsen und die Sterne verdunkeln, die Sterne, deren Raß kleiner ist als die der Menschen. Es ist sogar, als ob sich jene Geister überall in allen Erblöchern rührten, hier und dort zwischen den wirklichen Lebewesen, die über die Ebene zerstreut sind und wie Samenfrüher halb in der Erde stecken.

Meine überlebenden Gefährten sind endlich aufgestanden; sie stehen nur mühsam aufrecht auf dem eingestürzten Boden, eingeschlossen in ihren schmutzigen Kleidern, in ihren enosen, seltsamen Kostürgen, und sie rogen in ungeheurer Einfachheit aus der Erde, die so tief ist wie die Unwissenheit; sie bewegen sich, schreien, starren den Himmel an und strecken Arme und Hände gegen ihn, der den Tag und das Unwetter auf die Erde schickt. Sie wehren sich gegen siegreiche Phantome wie Uranos und Don Quichotte, die sie noch immer sind. Man sieht, wie sich ihre Schatten auf dem großen, traurigen, glänzenden Boden bewegen und wie sie die starrt Fläche der alten Gräber wieder ins Welt, die alten, gleichen Gräber, in denen einzig die unendliche Seele wohnt, mitten in der Polarwüste mit ihrem dunstigen Horizont.

Aber die Augen sind ihnen aufgegangen. Sie verstehen plötzlich die grenzenlose Einfachheit der Dinge. Und die Wahrheit weckt in ihnen ein hoffnungsvolles Morgenrot und richtet Kraft und Mut wieder frisch auf.

- Jetzt haben wir genau über die andern gesprochen, befiehlt einer von ihnen. Lassen wir die andern jetzt! . . . Wir! Wir alle! . . .

Die Verständnissa der Demokratien, die Verständnissa der Massen, das Kusterleben des Westvolkes, der Glaube an seine brutale Einfachheit. Alles andere, alles andere in der Gegenwart und der Zukunft ist vollständig gleichgültig.

Und ein Soldat wagte es diesen Satz hinzuzufügen, den er dennoch mit fast leiser Stimme begann:

- Wenn dieser Krieg den Fortschritt um eine Stufe weiter gebracht hat, so wird kein Unglück und wird keine Schänderei wenig zu bedeuten haben.

Und während wir uns aufmachen, die andern einzuholen und den Frieden wieder aufzunehmen, knallt sich der schwarze Wolfenhimmel leise über unsern Nüstern. Zwischen zwei finstern Wolfenmassen brint ein rubiges Licht; dieser Lichtstreifen aber, so dünn er auch ist, so traueridwer und so armefelig, daß er nachdenklich erscheint, verkündet uns, daß es dennoch eine Sonne gibt.
Dezember 1915.

gefordert hätte, weil die Regierung nicht rechtzeitig eingegriffen habe. Der Mann will S. V. D. oder Deutschdemokraten wählen, worauf der Jure sagt: „Komm rein!“

Die Leute, die uns den Fuß der ganzen Welt eingebracht haben, erstrecken sich jetzt eine Folge Besichtigung der Groß-Berliner. Diese aber werden am Sonntag nicht mit „Komm rein!“, sondern mit einem nachdrücklichen „Komm!“ antworten.

Keine deutschnationale Beamtenkandidatur.

In wiederholten Pressenotizen verschiedener Tageszeitungen hat die deutschnationale Volkspartei als ihren Kandidaten für den Wahlkreis Teltow-Berchtholz-Charlottenburg für die Besetzung der 7. Stelle „eine vom Verband der deutschen Reichs-Post- und Telegraphenbeamten zu ernennende Persönlichkeit“ bezeichnet. Da ein Verband solchen Namens in Teutschland nicht besteht, konnte damit nur der rund 24000 Mitglieder zählende Verband der Deutschen Reichs-Post- und Telegraphenbeamten gemeint sein. Der aber auf dem Boden „unbedingter politischer Neutralität“ steht und für keine Partei Kandidaten nominiert gemacht hat. Der genannte Verband tritt und um die Bekanntheit dieser Feststellung, da dringende dringende bitten an die deutschnationale Volkspartei um Nichtbeachtung unterdrückt werden.

Die Gasperrunden

treten mit den sonstigen Einschränkungen heute in Kraft. Sie haben kaum erspürliche Schäden im Gefolge. So z. B. können die 28 Parte des Vereins „Mädchenfort“ und viele andere derartige Vereine fortan den vielen Aufstellungen, lauter Arbeiterkindern, die gute und nahrhafte Vesperküchen nicht mehr bereiten. Die Kinder sind von 2-7 Uhr da, die Verteilung der Suppe aber dauert 2-3 Stunden.

Während der Gasperrunden werden auch verschiedene ärztliche Operationen unterbleiben müssen, da die Instrumente durch kochendes Wasser keimfrei gemacht werden müssen.

Die Theaterleiter haben in erneuten Besprechungen mit der Kohlenstelle Groß-Berlin das Zugeständnis gemacht, ihre Vorstellungen demnach zu beschränken, daß diese wochentags nur in der Zeit zwischen 7 und 10 Uhr stattfinden und Sonntags eine Nachmittagsvorstellung von höchstens drei Stunden abgehalten wird. Sie haben sich außerdem verpflichtet, den Verbrauch von Elektrizität auf 70 Proz. der für den Monat Dezember 1918 zulässigen Strommenge einzuschränken. Ebenso haben die Lichtspieltheater die ihnen für Vorstellungen täglich freigelegte Zeit von 8 bis 10 Uhr abends am Montag und Dienstag auf 8 bis 10 Uhr beschränkt. Daraufhin hat die Kohlenstelle Groß-Berlin sowohl für die Theater als auch die Lichtspieltheater unter Würdigung der durch den angeordneten Ruhetag den genannten Betrieben und zahllosen Anwohneren entstehenden großen wirtschaftlichen Schäden läge die Vorstellungen nach obigen Vorschlägen bis auf weiteres genehmigt.

Ein Werkblatt für die Gasverbraucher erscheint im Inseraten teil dieses Blattes. Man schneide es aus und besenige es an deutlich sichtbarer Stelle.

Merkblätter!

Während noch 24 Wochentagen die öffentlichen Erkrankungen zwischen 2 und 8 jährlangen, wurden vom 28. bis 31. Dezember 1918, vom 1. bis 8. Januar 1919, vom 9. bis 15. Januar 19, vom 16. bis 22. Januar 30 Erkrankungen festgestellt. Die Zahlen der Todesfälle an Mieschickel waren entsprechend 1, 4, 10 und 8. Erkrankungen und Todesfälle betrafen in der größten Mehrzahl der Fälle Soldaten, die nicht entlassen waren. Doch sind auch bereits Heberitzungen dieser gefährlichen Krankheit auf Zivilpersonen vorgekommen. Da das Mieschickel nur durch Kontakte übertragen wird, wird nochmals auf die Notwendigkeit einer gründlichen Entlausung hingewiesen. Bei der hohen Sterblichkeit, die das Mieschickel verursacht, ist jeder mit seinen Angehörigen und seiner Umgebung eine große Gefahr.

Achtung! Arbeiter- und Soldatenräte der S. V. D.

Sonntag nachmittag 6 Uhr: Versammlung im großen Sitzungssaal des Herrenhauses.

Wohnungsverband gegen Staatsrentierung.

Der Wohnungsverband Groß-Berlin wendet sich gegen den ihm vom Landwirtschaftsminister v. Loeb gemachten Vorwurf „eines an Verfallsgrenzen grenzenden Verfahrens“. Der Verband führt u. a.: In den Verbandskreisen hat man alles andere als gerade diesen Vorwurf erwartet. Leider war die Leitung des Wohnungsverbandes infolge der nur schüchternen Einladungsfrist verhindert, an dieser Sitzung teilzunehmen und diesen Vorwurf, als an die falsche Adresse gerichtet, zurückzuweisen. Die Censur ist wichtig, daß der Verband Groß-Berlin seit dem Jahre 1916 unabhängig auf die Vereinfachung billigerer fort- und modernisierter Gebäude, teilen für die Unterbringung der minderbemittelten Bevölkerung Groß-Berlins in geeigneten Flachbauformen drängt und daß diese Forderung des Verbandes an die alte Regierung gerade die besondere Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktionen des Verbandes gefunden hat. Man hätte in Verbandskreisen erwartet, daß die Forderung nach billigerem Staatsland von der Volkspartei erfüllt werden würde. Diese Hoffnung ist leider bisher noch unerfüllt geblieben. Noch stellt sich der teure Bodenpreis für eine 400 Quadratmeter große Baustelle einschließlich der Steuern auf rund 1500 M. Das ist für die minderbemittelte Bevölkerung um das Doppelte zu hoch. Der Staatshaus für die Erhaltung und Wohnungsverhältnisse hat ebenfalls die Preisforderungen des Staates als wesentliche Verhinderung anerkannt. Es ist also die Staatsrentierung an den hohen Bodenpreisen fest, so würde das die Ausdehnung der minderbemittelten Preise von der Forderungsdienstleistungen bedeuten. Von dem Flehen der Krieges wurde für die Erhaltung mühseliger Kleinbaukolonien in der Umgebung Berlins Staatsland in reichem Maße unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Der Verband hofft, daß auch jetzt die hoch liegenden Ländereien für die Beschaffung im Kleinstbau mit Garten für Arbeiter und Arbeiterkindern zu ganz niedrigen Preisen übergeben werden darf. Im Fall des Scheiterns der Forderungsdienstleistungen würden die Ländereien auf viele Jahre hinaus weiter nutzlos liegen bleiben.

Nicht den Wohnungsverband trifft daher der Vorwurf, wenn die Forderungsdienstleistungen bisher nicht hat in Gang kommen können, sondern die Staatsrentierung, welche über zu hohen Preisforderungen für die für das Groß-Berliner Wohnungsverhältnisse zunächst in Betracht kommenden Flachbaukolonien in der nahen Vorbezugszone bisher nicht hat ermöglichen wollen.

Schule und Lehrer im Volkstaat.

In einer von der Vereinigung sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Groß-Berlins einberufenen öffentlichen Versammlung, die gestern im Herrenhaus stattfand, sprach der hiesige Reichstagsabgeordnete Genosse Heinrich Schulz über „Die Volksschullehrer und die Sozialdemokratie“. Nach einem Rückblick auf die Geschichte der deutschen Volksschule und des deutschen Lehrerbundes, die beide vom Liberalismus vergeblich die Verwirklichung der Wahrung des Volkszustandes erwartet haben, zeigte der Redner, daß nur die

Arbeiterklasse und die für sie Eintretende Sozialdemokratie ein wirkliches Interesse an der allgemeinen Hebung der Volksbildung haben können. Gerade die Durchführung des Sozialismus mache auch eine tiefere Beförderung des Schulwesens nötig, die der Schule und dem Lehrer erst die ihnen gebührende Stellung verschaffen werde. In der Diskussion sprach als Gemeinderatlehrer Deklar Häbner, den die sozialdemokratische Partei auf ihre Kandidatenliste für die Wahlen zur preussischen Nationalversammlung gesetzt hat. Er gestand die Tatsache, daß die Lehrer und überhaupt die Beamten in der sozialistischen Republik für ihre Erziehung zu fürchten hätten. Solche Grundmaßregeln sei weiter nichts als ein Wahlmanöver, auf das ein Verständiger nicht hineinfliegen würde.

„Ausbüttlischer“ Lohn!

Warum noch gehen und Klagen von Personen zu, die für ihre Arbeit so schlecht entlohnt werden, daß ihr Einkommen hinter dem Betrag der Erwerbslosenunterstützung zurückbleibt. Ein Bauarbeiter, der als Kriegsdienstverweigerer erst vor kurzem aus dem Lazarett entlassen wurde, bewarb sich bei der Sparkasse von Schöneberg um eine Stelle. Dem verheirateten Mann bot der leitende Beamte, der mit ihm verhandelte, für Aus-

An unsere Inserenten!

Infolge der ständig steigenden Auflage des „Vorwärts“ und der hohen Druckpreise sind wir gezwungen, den Teuerungszuschlag auf Anzeigen vom 1. Februar 1919 ab auf 70% zu erhöhen.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

hilfsbeschäftigung auf unbestimmte Dauer ein Monatsgehalt von 200 (zweihundert) Mark. Auf die Frage, wie hiervon die Familie ernährt werden solle, wurde geantwortet: Die Partnerin gibt nicht mehr. Der Arbeitssuchende wies darauf hin, daß er mit Erwerbslosenunterstützung, die ihm im Monat bei 20 Mark zu je 0,50 M. ein Einkommen von 47 M. brächte, sehr viel besser wegkäme. Ihm wurde erklärt, das sei gleichgültig, bei Ablehnung dieser Beschäftigung würde man wohl die Unterstützung einstellen. In Vergleichen fordern solche und ähnliche Gehälter besonders dann heraus, wenn es sich um Angehörige handelt, die in der Erwerbslosenunterstützung selber nötig sind. Mit welcher „Ausbüttlerei“ wird dort ein Kuraturschlichter seine Pflicht tun, wenn er täglich Betrachtungen darüber anstellen kann, daß er als Arbeitsloser — sich „verbessern“ würde!

„Extrablatt“ nennt sich ein Schwindelunternehmen, das allabendlich die harnbedingten Teilgramme erfindet. „Mieschickel des Kaisers“, „Wohlfahrt im Annarsch auf Berlin“ sind einige Proben. Woher die Gesellschaft das rare Papier hat, wissen wir nicht, aber wir warnen Neugierige!

Der Staatsminister für das Wohnungswesen für erweiterten Mieterschutz.

Der Reichsbund Groß-Berlin hat die Beschwerden und Wünsche der Mieterchaft dem Staatsminister für das Wohnungswesen Geh. Regierungsrat Scheidt persönlich vorgetragen und dabei insbesondere auf die nachstehende Beunruhigung der Mieter durch die erheblichen Mietsteigerungen, namentlich auch bei Neubermietungen, hingewiesen. Der Bund verlangte Ausdehnung des Mieterschutzes auf neue abgeschlossene Verträge, um dem willkürlichen Anstiegen der Mieten zu vorbeugen. Der Staatsminister sagte die Unterstützung dieser Forderungen beim Reichsjustizamt zu und erklärte ferner, daß auch Untermieter (Mieter von möblierten Zimmern usw.) unabweisbar den Schutz der Verordnung genießen. Nötigenfalls werde eine entsprechende Verfügung an die Einigungsämter ergehen müssen. Die Erklärung sämtlicher Gemeinden Groß-Berlins zu Kostlandsbezirken mit erhöhtem Schutz wurde erfüllt, sobald die Gemeinden dies beantragten. Der Staatsminister erklärte ferner, daß er Gegner der Mietkassene sei und daß schon in den nächsten Wochen Maßnahmen auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge einleiten sollen.

Werkstättenmitglieder! Die Direktion des „Palasttheater“ hat uns Einladungen zum Vortragsabend am 2. M. für Plätze, die heute 4-8 M. kosten, für Sonntag, den 26. Dienstag, den 28., Donnerstag, den 30. Januar zur Verfügung gestellt.

Die Einladungen können von heute ab in unserem Bureau, Engel-Ufer 15, 1. Truppe, Zimmer 22 vormittags von 9-12 Uhr nachmittags 4-6 Uhr, in Empfang genommen werden. Der Ausschuss der Gewerkschaftskommissionen Berlin und Umgegend J. E. G. Einl.

Eine Versammlung der Polizeibeamten Groß-Berlins veranstaltet von der Vereinigung sozialdemokratischer Polizeibeamten Groß-Berlins, findet heute abend 8 Uhr im „Mittelweg“, Grunewald-Parkstraße 20a, statt. Thema: „Die Wichtigkeit des Kampfes der Gewerkschaft am 26. Januar für die Zukunft der Volkspartei“. Redner: Lehrer W. Bauer, Gymnasiallehrer Behr. — Freie Ansprache. — Polizeibeamte und Feuerwehrleute erscheinen mit Ehrenkränzen in Waffen!

Zwei Sicherheits Soldaten von Einbrechern erschossen.

Eine schwere Missetat verübten unbekannte Einbrecher gestern morgen 7 Uhr in Königswusterhausen. Die Funke Wils und Galkin von der Garde-Kadettenabteilung in Berlin-Treptow waren zum Sicherheitsdienst nach Wilau befohlen. Sie übernachteten dort auch den Bahnhof. Hier fielen ihnen drei Männer auf, die mit Pistolen beladen den Frühzug nach Berlin bestiegen wollten. Sie hielten sie an, und es ergab sich, daß sie Einbrecher, die von den Schatzkassensystemen kamen, gefasst hatten. Wils und Galkin nahmen die Drei fest und brachten sie mit dem Juge nach Königswusterhausen, um sie dort der Volksgeldkassa zu übergeben. Auf dem Wege vom Bahnhof nach der Stabs Kasse die Einbrecher plötzlich über die beiden Sicherheitsbeamten her, entriß den einen den Karabiner und schossen, wahrscheinlich auch noch mit Pistolen, die sie verhaftet gehalten hatten, beide nieder. Der eine brach sofort tot zusammen. Der andere gab noch Lebenszeichen von sich, als auf die Schüsse ein Rentier herbeigelaufen kamen und die Soldaten in ihrem Niste liegend fanden. Die Verwundeten waren unterdessen einfließen und punktiert verarztet. Man brachte den Schwerverwundeten nach Königswusterhausen ins Krankenhaus. Hier starb er schon nach einer Viertelstunde. Die pflichttreuen Männer, die jetzt Opfer ihres Dienstes geworden sind, fanden beide längere Zeit im Felde. Der eine hatte an der Front schon einmal einen Kopfschuß erhalten und lange im Lazarett gelegen. Jetzt brachte ihm ein Kopfschuß den Tod. Beide sollten übermorgen in die Heimat entlassen werden. Man vermutet, daß die unbekanntes Täter Berliner Einbrecher sind.

„Bestell“ — daher erschossen.

In der Nacht zum 12. Dezember wurde vor dem Hause Kantstraße 102 in Charlottenburg der Sozialdemokratische Ernst Heyrow von einem Gast des Lokals „Schwarzer Adler“ erschossen, den er sich weigerte zu fahren, weil er bereit für eine andere Fahrt bestellt war. Der Bannier Wasse, der den Streit schlichteten wollte, wurde schwer verletzt. Den Folgen seiner Verwundungen ist er jetzt im Krankenhaus erlegen. Der Toppelmörder, ein etwa 35-jähriger „Billig“, ist noch nicht dingfest gemacht.

Einmalige Arbeiter-Sammler und Samariterinnen werden hierdurch dringend ersucht, im Interesse der Kolonne, zur Verteidigung der Republikationsfeier am Sonntag, den 23. Januar, morgen 8 Uhr, im Vereinslokal, Weidhauerstraße 15, mit Karte und Mitgliedskarte zur Eintragung zu erscheinen. Jede Anmelde muß den Behörden sowie den Korporationen gegenüber geschehen sein. Alle Anmeldungen ohne Stempel sind ungültig und abzulehnen.

Die Techniker-Versammlung vom 12. d. M. wird heute, Sonntag, abend 7 Uhr, im Gymnasium, Kochstr. 65, fortgesetzt. Als weitere Parteivertreter sprechen Peterien (A. S. P.) und Prof. Gerlach (Chr. Sp.).

Die sozialistische Studentengruppe trat am Donnerstagabend in der Philharmonie einen Vortrag des Genossen Gänisch, der eingehend die Ziele und Taktik der Sozialdemokratie erläuterte. Der Vorsitzende Dr. Reichenbach sprach sodann noch einige Worte über die Stellungnahme der sozialistischen Studentengruppe zur Sozialdemokratie, deren Zweck und Ziel und Eintreten in das Programm. Ihre erste Aufgabe ist Verbreitung des sozialen Gedankens unter die Akademiker. Ein Siebenel der Studenten sind Nichtsozialisten. Unter dem neuen System muß auch dem Akademikern Gelegenheit geboten werden, studieren zu können. In der Diskussion, welche sehr regen Teilnahme fand, sprachen u. a. der Kommissionsreferent, Anhänger der kommunistischen Studentengruppe Veltzig, er sagte, daß die kommunistische Partei, sich lediglich auf die Arbeiterklasse stütze und sie auch zu den geistigen Kampf um die Erziehung wolle. Er stellte Kritik in Abrede, daß sie den Kampf mit der Waffe angefangen haben, und behauptete, daß sie von den Regierungstruppen angegriffen worden seien (1). Es kam hierbei zu erregten Meinungsäußerungen und einer allgemeinen Unruhe. Ferner sprach noch ein Münchener Kommilitone. Sodann erhielt der Referent das Schlußwort, das auf die Ausführungen der Diskussionsredner einging.

Trotz der bekanntgegebenen Einschränkungen findet das 12. Konzert des Verbandes der Freien Volkshäuser, bei dem die Kommunitätvereinigung der Akademie des Opernhäuses und der Dirigent des Akademischen Instituts für Kirchenmusik mitwirken, Sonntag, den 26. Januar, mittags 12 Uhr, im Theater am Wilhelmsplatz statt.

Die Lichtspiele „Der Philharmonie“, Köpenicker Str. 66/67, bringen vom 21. Januar ab das große „Drama“ oder „Eine Rolle ohne Namen“, eine Oper ohne Text“. Anknüpfend daran wird „Die Stunde der Vergeltung“ aufgeführt.

Phonetische Abteilung für Schwerhörige. In der Unversitäts-Oberambulanz der Charité befragen Lehrkräfte für Erwachsene und (kur Schwerhörige) im Rahmen des Gehörprüfens und zur Ermittlung der Stimme und Sprache unter sachverständiger Leitung. Redungen, auch von Kriegsteilnehmern, Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag, um 10 Uhr, im der Charité-Oberambulanz, Lindestr. 12 bei Prof. Dr. Hatan.

Freiwilligenaufnahme bei der 7. Batterie des 2. G.-A.-Regt. (Schwerer-Feul, Kommandant Det. 63 und in Weidner a. d. Gabel, Deutsches Land (Kriegs-Kommando vom G.-A. 348, 341 u. 334).

Eine Versammlung ehemaliger Kriegsgefangener findet Montag abend 8 Uhr in den Reichens-Gezeiten, Landsberger Straße 31 (am Bergenseplatz), statt.

Berliner Lebensmittel.

Rübe. Bis Mittwoch in den Bezirken der 128. und 169. Brot-fabrikation 125 Gramm Rübe. — Bis Mittwoch in den Bezirken der 79., 84., 192. und 212. Brotfabrikation $\frac{1}{2}$ Kilo Ruckhrotkorn (Tan. Biermehl). — Auf Adjunkt 95 werden 230 Gramm Ruckhrotkorn abgegeben.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Öffentliche Wählerversammlung heute abend 7 $\frac{1}{2}$ Uhr in der Aula der Gemeindeschule, Oltendorfer Str. 60. Tagesordnung: Vor der Entscheidung. Referent: Genosse Fritz Grotz.

7. Abteilung. Eine öffentliche Wählerversammlung findet heute in der Aula Tempelhofer Ufer 2 statt. Referent: Dr. Hollander.

Charlottenburg. Heute abend 8 Uhr, findet von folgenden Lokalen Flugblattverbreitung statt: „Schlesch“, Köpenicker-Str. 6; „Zinn“, Ankerstr. 44-45; „Bade“, Kottbus-Str. 22; „Zur, Quersir“, 99; „Gras“, Grolsdorfer-Str. 19; „Samm“, Grolsdorfer-Str. 19; „Stimme“, Cauerstr. 16; „Meier“, Himmelsdorfer-Str. 21; „Hein“, Borchstraße 15; „Schiller“, Kottbus-Str. 22; „Pfeiffer“, Grolsdorfer-Str. 19. Am Sonntag, vormittags 11 Uhr, müssen sich sämtliche Genossen, soweit sie in den Gruppen nicht zur Arbeit gemeldet sind, im Zentralmailbureau, Schöneberg-Str. 36, zur Verfügung stellen.

Steglitz. Das Zentralmailbureau befindet sich am Sonntag 8 Uhr in der 20. Freiwillige Wählerleiter, hauptsächlich Stimmzettelverteiler, wollen sich dort melden.

Wanderzettelverbreiter. Heute: Flugblattverbreitung, Treffpunkt für Siedler um 8 Uhr nachmittags bei Schulz, Bismarckstraße 10, am Kohlen-Ebene. Für Wanderzettel um 8 Uhr nachmittags: 1. Bezirk bei Reiner, Dorstr. 2; 2. Bezirk bei Schumacher, Köpenicker-Str. 40; 3. Bezirk bei Koch, Köpenicker-Str. 19. Die Genossen, welche im 1. Bezirk bei der Wahlzeit mit Licht, treffen sich am Sonntag, den 26. Januar, früh 8 Uhr, bei Meckert, Kantstr. 24.

Siedler. Alle Parteimitglieder finden sich Sonntagvormittags 8 Uhr zur Wahlzeit in folgenden Lokalen ein: Wilmersd., Köpenicker-Str. 19; Siedler, Köpenicker-Str. 19; Weger, Köpenicker-Str. 19; Meckert, Köpenicker-Str. 19; Meckert, Köpenicker-Str. 19; Meckert, Köpenicker-Str. 19.

Köpenicker-Str. 19. Für Köpenicker-Str. 19 treffen sich alle Genossen und Genossinnen Sonntag früh 8 Uhr im Lokale von Meckert, Köpenicker-Str. 19. Die Wahlzeit.

Köpenicker-Str. 19. Heute abend 7 Uhr: Wähler-Versammlung in der Aula der Gemeindeschule, Köpenicker-Str. 19. Thema: „Die deutsche Volkswirtschaft“. Referent: der Kandidat des Kreises, Genosse R. Grotz, 2. Bezirk.

Arbeiter-Samariterbund. Köpenicker-Str. 19. Freitag, den 27. d., abend 7 $\frac{1}{2}$ Uhr: Hauptversammlung des Samariterbundes. Tagesordnung: Verhandlungen. Gäste willkommen.

Arbeiter-Samariterbund. Köpenicker-Str. 19. Sonntag, den 27. d., abend 7 $\frac{1}{2}$ Uhr: Hauptversammlung des Samariterbundes. Tagesordnung: Verhandlungen. Gäste willkommen.

Arbeiter-Samariterbund. Köpenicker-Str. 19. Sonntag, den 27. d., abend 7 $\frac{1}{2}$ Uhr: Hauptversammlung des Samariterbundes. Tagesordnung: Verhandlungen. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Beschriftung über man einen Nachnamen und eine Nummer angeben. Briefliche Anfragen werden nicht beantwortet. Briefe können in den Briefkasten gegeben werden. Briefe, die nicht beantwortet werden können, werden nicht beantwortet. Briefe, die nicht beantwortet werden können, werden nicht beantwortet.

Opernhaus
Mona Lisa.
Schauspielhaus
Ein halber Held.
Volksbühne
Theater am Bülowplatz

Theater für Sonnabend, den 25. Januar.
Central-Theater
Die Rose von Stamboul.
Deutsches Opernhaus
Tiefenland.

Unterhaltungs-Restaurant
Wien-Berlin
Jägerstraße 63a.
Ernst Walter x Viktor Ritter x Willi Lillie
Georg Neumüller x Cl. Kaufung

Wählen auch Sie!
Berlin N
Reinickendorfer
Straße 117
wenn Sie reelle
Möbel
zu soliden Preisen und kulanten Bedingungen zu kaufen beabsichtigen

Kleines Theater.
Tabula rasa.
Komische Oper
Schwarzwalddüffel.
Lustspielhaus
Die spanische Fliege.

Metropol-Theater.
Die Faschingslee.
Sonnt. 11 Uhr: Wiener Eitel.
Königgrätzerstraße
Dir. C. Meinhart-R. Bernauer

Luisen-Theater.
Schneewittchen
und Rosenrot.
Neue Heimat.
Der Räuber.

Bach-Abend
Edwin Fischer
unter Mitwirkung von
Emil Prill (Flöte) und Otto Röster (Fiedel)

Abbruchobjekte jeden Umfangs,
Heeresgerät aus der Demobilisierung
den größeren, jedoch mit eingerichteter Firma zu erwerben gesucht.

Komödienhaus
an der Marschallbrücke
Zum 100. Male!
Tanzende Nymphen.
Sonntags: Astarte.

Metropol-Kabarett
Behrenstraße 54-56.
Dir. Alex Brauns.
Künstl. Leitung: Siegmund Pfizow.
Das vorzügl. Januarprogramm

Pledermans
Unter d. Linden 14
5-Uhr-Tanz-Tee
7 Uhr abends
Große Programm

Stoffe
Herren-Anzüge,
Damen-Kostüme,
Tuch-Lager Koch & Laper,
Gertraudenstr. 20/21.

Redakteur
der Industrie ist die Bestimmung des politischen Tones zu übernehmen.

Berliner Theater
Sterne,
die wieder leuchten.
Lesing-Theater
Direktion: Victor Barnowsky.

Schiller-Theater
Charlottenburg,
Bing, Bismarckstr. 110, Untergrundbahn, Kolo.
Heute Sonnab., 25. Jan., bis Sonntag, 2. Febr., 10.30 Uhr

Admirals-Kino
Stuart Webbs
24. Abentheur.

Bohrpasta
Bohrpasta
Bohrpasta
Bohrpasta

Dreibitzseleure
Zum baldigen Antritt werden
mehrere
Vorder- und
Hinterleute
ge sucht.

Friar-Theater.
Hänsel und Gretel.
Tägl. 8 U. Heute z. 131. Male!
Der gute Ruf

Marcell Salzer
Mittwoch Abende.
Karten: Wertheim, Schillertheaterkasse u. Abendkasse.

Admirals-Kino
Stuart Webbs
24. Abentheur.

Künstliche Zähne
mit und ohne Gaumenplatte
Friedenskauschuck, Erstklassige Arbeit.

Zeitungshändler
Die ganze Tage bei hohem Verdienst leicht
Zeitungsvertrieb Karlsruherstr. 102.

Residenz-Theater.
Eugen Burg
in
Der Lebensschüler
von Ludwig Fulda.

BONBONNIERE
Vornehmstes Tanz-Etablissement
5-Uhr-Tanz-Tee
Vorführung moderner Tänze

In-auf von Juwelen
Große Brillanten,
Perlen, Edelsteine,
Schmuck

Leopold von Wiese
Freie Wirtschaft
Wege zum Wiederaufbau
des Wirtschaftslebens
Eine Auseinandersetzung
mit Walter Rathenau

Einrichte
die unsere Konstruktion, der vollkommen selbständig Konstruktion

Theater der Friedrichsstadt.
Drei tolle Tage.
Operette von Jorio,
v. Müllendorfer, Helmuth Georg.

National-Theater.
Prinzenliebe.
Circus
Busch
Tgl. 7 1/2, Sonnt. 10 1/2 u. 7 1/2

Zigarren
100 Stück x 40 Mk. an
Zur Probe 10 Stück M. 4.-

Heimkehrende
Krieger
Frieden!
Riesenzimmer in vier Etagen
hocheleganz

Gasbläser
Dr. Georg Selbit,
Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 11.

Casino-Theater.
Die goldene Brücke.
Bocher erfüllte Sozialitäten
und der erforschte Rücken.

Marmorhaus
Verlängert!
Berlins Tagesgespräch

Pferdeverkauf!
Garantierter junge, tüchtige
Stuten, Colosseus,
billigste Geschäfte

Reparaturen an Schreibmaschinen,
Rechenmaschinen,
Leipziger
Straße 23

Jurist
Vertreter,
Drei Landrathsherrn

Winter-Garten
Bruno Schonk
Willi Prager
Dr. Angelos
Erry und Merry

FERN
ANDRA
in ihrem
Pflm
Der
Todessprung.

Tätowierung
ohne Schmerz, Schneiden,
Schneiden, Spritz,
9-12 Nitschke, Raut Dr. 50,

A. DAMITT
Zentrum: Rosenthaler Straße 46-47.
Norden: Müller-Strasse 181.

Wertstoffschreiberin
Jung. Dienerbarischen
Gingerebreitere Hel-

Apollo
Theater
Persönlich. Auftreten
Gilbert

Intimes Theater
Das neue
Januar-Programm.
Erstklassige
Spezialitäten.

Laufkatzen
Flaschensäge
Kabelwinden
Wandwinden
Taufkloben
Drahtschlo-

Cosmos
Leipziger
Straße 23

Glasbläser
Routenleitung
Drechsler

Ausstellungs-
halle „ZOO“
Ausstellung

Reichsanalen-Theater.
Stettiner Sänger.
Belohnung.

10000
Reklamazettel 10.-
Buchdruckerlei Rund
Palisadenstr. 103

Leipziger
Straße 23

Reparaturen an Schreibmaschinen,
Rechenmaschinen,
Drechsler

Der sozialdemokratische Wahlsieg.

Obert über die künftige Regierung.

Der Volksbeauftragte Obert hat den Vertreter der „Adriatischen Zeitung“ zu einer Unterredung empfangen. Dieser hat ihm, sich über das Ergebnis der Nationalversammlungswahlen auszusprechen. Gen. Obert entwickelte seinen Standpunkt in nachstehenden Ausführungen:

Das Ergebnis der Wahlen hat nachträglich unser Recht bestätigt, im Namen des Volkes die Regierung zu führen. Wir haben nicht die Majorität, aber alle sozialdemokratischen Mandate und vor allem alle sozialdemokratischen Stimmen zusammen haben ergeben, daß es unsere Partei ist, die

am härtesten und brütlichsten im Volke eingewurzelt

ist. Wir sind auch die einzigen, die eine gewaltige Zunahme an Anhängern zu verzeichnen haben. Alle anderen haben verloren, am unvernünftigsten das Zentrum, dem das Frauenstimmrecht vielleicht den größten Zuwachs gebracht hat. Die sogenannten nationalen Parteien haben nur kümmerliche Reste ihres Bestandes zu erhalten vermocht, für sie ist diese erste und wichtigste Wahl wirklich zum Fallsgericht geworden. Wenn die unnatürliche Listenverbindung, die ein Todesfeind reinlicher Parteilichkeit ist, und nur dem Anschauungsmaßstab dient, nicht gewesen wäre, so hätten die mit der weissen Schuld am Krieg Beladenen nicht einmal diese stürzliche Mandatszahl erhalten. Die Demokraten haben verhältnismäßig gut abgeschnitten. Es muß sich nun allerdings erst zeigen, ob sie wirklich zu einer neuen einheitlichen Partei geworden sind, die eine gemeinsame Weltanschauung trägt. Sie enthalten doch zu viel Mitglieder der alten nationalliberalen Partei, deren eine Sinnverwandlung ins Demokratisch-Republikanische nicht ohne weiteres zugewandt werden kann. Die unabhängige Sozialdemokratie ist das Geblieben, was sie immer war, ein Gruppen; ihr Anspruch auf völlige Gleichberechtigung mit uns wird durch das Wahlergebnis in das richtige Licht gesetzt, das uns achtmal so stark zeigt wie sie, die mit der Deutschen Volkspartei der Herren Eisele und Nieber am schlechtesten abgeschnitten hat.

Wir Sozialdemokraten werden also in der Nationalversammlung die Pflicht haben, den Geist und die Handlungslinie zu bestimmen. Noch reicht unsere Stärke nicht zur alleinigen Übernahme der Regierung. Sie wird aber so groß sein,

daß tatsächlich nichts geschehen kann, was unseren Grundgedanken widerspricht.

Das gilt auch für die neu zu bildende Reichsregierung. Die Partei, die darin die Stütze mit uns teilen soll, muß sich bemühen, daß ein Zusammenarbeiten nur möglich ist, wenn es nicht nur in demokratischem, sondern auch in sozialistischem Sinne erfolgt. Wir sehen in der Nationalversammlung und ihren Ergebnissen keine möglichst schnelle und gründliche Beendigung der Revolution, sondern eine Verkräftigung der revolutionären Errungenschaften. Das muß auch der Grundgedanke jeder Partei sein, mit der wir uns über eine gemeinsame Regierungstätigkeit vereinbaren sollen. Von fälschlicher Seite ist monochrom gesehen, was den Verdacht begünstigt, daß wir uns in der Nationalversammlung ein Mittel zur Rückwärtsbewegung, solche Verkräftigungen würden bei uns den heftigsten Widerstand finden.

Die Konstante kann eine ruhige Entwicklung nur dann verlangen, wenn sie ein neues Deutschland mit glücklicheren Verhältnissen gerade für die bisher Entbehrten schafft. Jeder Versuch, stattdessen die alten Machtverhältnisse gerade auch in wirtschaftlicher Hinsicht wieder aufleben zu lassen, wäre das Signal für neuen Umsturz und damit für eine Verewigung der verfahrenen Zustände, die unser Wirtschaftsleben je länger je mehr untergraben müssen.

Der Zentralrat für Pressefreiheit.

Eine notwendige Rundgebung.

Berlin, 24. Januar. Der Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschland (gen. Leiner, Cohen) erläßt an alle Arbeiter- und Soldatenräte im Reich folgenden Aufruf:

In der letzten Zeit haben sich die Nachreden über Eingriffe in die Pressefreiheit gemehrt. Die uneingeschränkte öffentliche Press- und Meinungsfreiheit, für die die Arbeiterklasse jahrelang gekämpft hat, ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution, und diese Errungenschaft muß unbedingt geschützt werden.

Der Zentralrat fordert daher alle A- und S-Räte auf, jeden Eingriff in die Pressefreiheit zu unterlassen und dort, wo Gewalt und Willkür gegen sie angewendet werden, die Press- und Meinungsfreiheit mit allen Mitteln zu verteidigen. Der Zentralrat wird von der Reichsregierung die Anwendung aller Mittel fordern, um die uneingeschränkte Press- und Meinungsfreiheit sicherzustellen und ihr hierbei alle Unterstützung angedeihen zu lassen.

Wie notwendig dieser Aufruf ist, beweist ein neuer Vorfall aus dem spartakistisch beherrschten Braunschweig. Dort sind vom A- und S-Rat bis gestern alle Depeschen des BVB unter Vorzensur gestellt worden. Als die „Danzburger Zeitung“ die betreffende Verfügung unter der Überschrift „Pressefreiheit“ abdruckte, wurde ihr Erscheinen auf fünf Tage verboten. Die Braunschweiger Spartakisten treiben es schlimmer als die kommandierenden Generale des alten Systems.

Der Fürstbischof als Wahlhelfer.

Nichts gelernt und nichts vergessen!

Die „Oceanica“ (Nr. 26) veröffentlicht eine Rundgebung des Fürstbischofs von Breslau, zu dessen Machtbereich auch Berlin gehört. Darin wird nach uralten kirchlichen Recepten die Sozialdemokratie als religiös- und kirchenfeindlich verleumdet, und es wird sogar ihre vaterländische Zuverlässigkeit angezweifelt. Damit begibt sich der Kirchenfürst auf die Stufe des zentralistischen Tugendmagistrats. Das Angehörige der Kirche ist an dem bischöflichen Vollmondbier, daß Herr Dr. Lertzsch in den Gläubigen ausdrücklich verbietet, sich den sozialistischen Parteien anzuschließen, daß er es als „heilige Pflicht aller Katholiken“ bezeichnet, nicht sozialdemokratisch, also nach seiner Intention für das Zentrum zu stimmen, und daß er den Katholiken der Nichterfüllung der so ausgelegten Verpflichtung mit der „detrimentalen“ (1) Nachschick droht. Ein unerhörter Gewissenszwang, ein nagender Mißbrauch des höchsten kirchlichen Amtes zum Zwecke offenkundiger Manipulation zugunsten einer bestimmten Partei und einer irrwitzigen Verschlingung der Sozialdemokratie, die, wie früher schon häufig, gerade wieder in den vergangenen Wahlen auf das heftigste erklärt hat, daß sie nichts anderes will, als allen Glaubenssystemen und Weltanschauungen das gleiche Recht der Lehre und Propaganda und die freie Betätigung zu verschaffen, und daß sie niemals daran denken wird, die Freiheit einer religiösen Anschauung oder die Ausübung kirchlicher Collegenheiten anzuzweifeln.

Vor der Verkehrskatastrophe.

Stimmen von Eisenbahnwerkstättenarbeitern.

Zu unserer Notiz „Vor der Verkehrskatastrophe“ gehen uns eine Reihe von Briefen von Eisenbahnwerkstättenarbeitern zu, die sich übereinstimmend gegen die Auffassung wenden, daß die Produktionsverminderung in den Eisenbahnwerkstätten auf Arbeitsunlust zurückzuführen sei. Vielmehr sei die Betriebsleitung schuld an den mangelhaften Leistungen. Häufig hätten mehrere Arbeiter zusammen nur einen einzigen Werkzeug zur Verfügung. Sie seien oftmals gezwungen, stunden- und tagelang herumzusitzen, ohne arbeiten zu können — man sage ihnen, es seien keine Wagen zur Reparatur da, oder die Schloßler müßten auf Dreh- oder Schmiedearbeiten warten. Die Arbeiter schreiben, daß unter ihnen die Meinung verbreitet sei, „es liegt System in der Sache, um die Arbeiter zu diskreditieren. Aufsichtspersonal ist genügend vorhanden, und wäre gezwungen, wenn — auf gut deutsch gesagt — die Faulheit eine so große wäre, dagegen einzuschreiten, und es würde dabei die Unterstützung der Kollegen finden.“

Wir sind natürlich nicht in der Lage, die Gründe für die für unser Verkehrsleben so ungemessene gefährliche Verminderung der Reparaturleistungen in den Eisenbahnwerkstätten prüfen zu können. Jedenfalls ist es nötig, die ganze Angelegenheit einmal gründlich zu untersuchen und alle Fehler und Mängel festzustellen.

Große Beamtenkundgebung für die Sozialdemokratie.

Eine Massenversammlung von Beamten, einberufen von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, tagte gestern abend in dem riesigen Raum des Sportpalastes, Potsdamer Straße.

„Für die Sozialdemokratie, gegen die Lügen unserer Gegner“ lautete das Thema, welches der Referent Heinrich Schulz behandelte. — Auf Kosten der schlecht entlohnten Arbeiter und niedrig besoldeten Beamten — sagte er — hat sich die herrschende Macht im alten Deutschland entwickelt können. Infolge der Willkür ihrer Vorgeschichten preisgegeben, waren die unteren und mittleren Beamten unter dem alten Regime. Niedrige Gehälter und politische Anbelug haben die Beamten den Konservativen zu danken, denn sie führten ja die Herrschaft im alten Deutschland und besonders in Preußen. Und jetzt wagen es die als Deutschnationale Volkspartei verkleideten Konservern, den Beamten vorzutreten, in der sozialdemokratischen Republik dürften die Beamten keine eigene Meinung haben, sie sollten vom Volke gewählt werden und während also ihre Ansprüche auf Gehaltserhöhung und Pension verlieren. — Sein Wort davon ist wahr. Gewählt werden im sozialdemokratischen Staat nur die leitenden politischen Beamten, aber nicht das große Heer der technischen, beruflichen Beamten. Für diese kommt die politische Meinung gar nicht in Frage. Natürlich beruht die Sozialdemokratie gar nicht daran, die materielle Lage der Beamten irgendwie ungünstiger zu gestalten. Ist sie doch unter dem alten Regime stets für die Verbesserung der unteren und mittleren Beamten eingetreten und wird diesem Grundgedanken in Zukunft treu bleiben. Die Beamten werden sich nicht irreführen lassen durch die alten Reaktionen. Sie werden sich ihre Rechte und Freiheiten sichern und deshalb am Sonntag ihre Stimme abgeben für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. (Stürmischer Beifall.)

Vertreter der verschiedenen Beamtenkategorien: Eisenbahner, Postbeamte, Volksschullehrer, höhere Schullehrer, Polizeibeamte, städtische Beamte und andere traten in breiteten Worten unter lebhaftem Beifall der imposanten Versammlung für die alte sozialdemokratische Partei ein.

Die Schauspieler für die Sozialdemokratie.

Im „Deutschen Künstler-Theater“, Nürnberger Straße, tagte am gestrigen Nachmittag eine Versammlung der Bühnengangsmitglieder, die außerordentlich gut besucht war. Die Ideen der Revolution haben erfreulicherweise die Schauspieler dazu gebracht, nicht allein die Kunst als das die Welt Regierende zu betrachten, sondern auch einen Zusammenhang zwischen ihr und den politischen und wirtschaftlichen Ereignissen zu erkennen.

Genosse Kiedel gab eingangs einen Überblick über die Verhandlungen der Bühnengangsmitglieder mit dem Verband Berliner Bühnenspieler und stellte den Abdruck eines neuen, dreimonatigen Tarifvertrages in Aussicht. Dann führte Gen. Alberti, zukünftiger Direktor des Stadttheaters in Kiel, aus, daß mit der Revolution eine neue Epoche in der Bühnensucht angebrochen sei. Die Theater seien, bisher fast durchweg privatkapitalistische Unternehmen gewesen und wären als solche keine Kunststätten, sondern lediglich Verdienstobjekte gewesen. Die wahre Kunsthaltung könne erst durch eine gemeinnützige Sozialisierung der Bühnen erfolgen. Der Theaterbesuch muß organisiert werden und die breiten Massen der Bevölkerung sollen zukünftig in gleicher Weise das Publikum bilden. Auf dieser Basis ließe sich nicht nur die Rentabilität aller Theater erzielen, sondern es würde auch die soziale Stellung der Schauspieler ihren Leistungen entsprechen. Erst wenn das nach Verdienst folgende Ausbrennen beseitigt sei, würde eine freie und schöpferische Ausübung der Kunst ohne materielle Bedrückung der Künstler stattfinden. Die Parole lautete: Weimar sei in Zukunft härter als Potsdam und Goethe größer als Bismarck!

Genossen Adele Schreiber unterzog die Bühnenspieler in humorvoller Weise einer äußerst treffenden Kritik. Das bisherige Schauspielerverhältnis sei mit der Schapepore-Vögel, in welcher alle Frauenrollen von Männern gespielt wurden. Die Männer haben genau ebenso in der Politik bis jetzt alle Frauenrollen gespielt, und zwar zum großen Teil in unglücklicher Weise! Die Rednerin besprach die kulturellen Leistungen der sozialdemokratischen Partei und schloß hieran eine Erläuterung des Parteiprogramms. Das alte unkrele, von dem Geiste der Gewalttätigkeit durchdrungene Preußen ist gefallen, ein neues freies Preußen muß erstehen. Mit der Wahrung der sozialdemokratischen Partei um kommenden Sonntag die Stimme zu geben, schloß die Rednerin unter stürmischem Beifall ihre Ausführungen.

Die deutschen Kriegsgefangenen werden immer noch festgehalten.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Die Deutsche Waffenstillstandskommission übermittelte der Entente eine Note, in der sie erneut auf eine endgültige Entscheidung über das Schicksal der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen in den alliierten Ländern dringt. Die Franzosen hatten in der Unterkommission für Kriegsgefangene den deutschen Vorschlag, zur Vorbereitung des Abtransportes der deutschen Gefangenen Lagerstätten auszuheben, mit dem Vermerk abgelehnt, daß sich 200000 deutsche Gefangene auf dem Wege nach den zerstörten Gebieten befinden, um dort zum Wiederaufbau verwendet zu werden. Die Auffstellung der Listen würde daher unmöglich.

An diesen Vorschlag anknüpfend, ersucht die deutsche Note den französischen Vorstehenden um Bekräftigung dieser Erklärung und die Vorstehenden der übrigen alliierten Delegationen um Mitteilung über die Stellungnahme ihrer Regierungen zu dieser Angelegenheit. Die Note betont, daß General Rubant am 5. Januar ankerte, Frankreich verfüge nicht über das genügende Transportmaterial,

um die deutschen Gefangenen zurückzuführen. Sobald die alliierten Kriegsgefangenen aus Deutschland abtransportiert seien, liege jedoch kein Grund mehr vor, den Rücktransport der schwerverletzten und kranken deutschen Gefangenen zu verhindern. Die Note stellt fest, daß die Rückführung der alliierten Gefangenen am 14. Januar beendet worden ist. Es sei daher unerträglich, warum die Frage des Abtransportes dieser deutschen Gefangenen immer wieder hinausgeschoben wird.

Die Aufregung und Sorge um das Schicksal der Kriegsgefangenen sei in Deutschland gewaltig gewachsen. Die deutsche Regierung habe gleich großes Interesse für ihre Kriegsgefangenen wie die Entente. General Rubant, der die Hauptpunkte der Note des Oberkommandos der Alliierten zur Kenntnis zu geben verspricht, sagt eine Mitteilung über die Stellungnahme der alliierten Delegationen zu dieser Frage umgehend zu. Für die kranken und schwerverletzten Gefangenen werde er eine günstige Lösung erwirken. Hinsichtlich der allgemeinen Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen halte er es jedoch für besser, in Deutschland bekanntzugeben, daß diese Frage wohl kaum vor den Vertriebsverhandlungen gelöst werden kann.

Broddorff-Ranhan über Gerechtigkeit und Völkerverbund.

Eine Erwiderung auf Clemenceau und Poincaré.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Graf Broddorff-Ranhan empfing die anwesenden Berichterstatter ausländischer Zeitungen und hielt eine Ansprache, in der er u. a. folgendes ausführte:

Meine erste Aufgabe an dieser Stelle wird es sein, daran mitzuarbeiten, daß die Neuordnung der Welt, die aus dem größten aller Kriege folgen wird, sich auf einen Frieden des Rechts aufbaut. Das ist der wahre Begriff des „Sieges der Gerechtigkeit“.

Ich will offen zu Ihnen sprechen. Ich habe nur widerwillig die letzten Reden der französischen Staatsmänner

bei Eröffnung der Friedensverhandlungen zur Kenntnis genommen. Es ist mir kaum möglich, zu fassen, wie die Herren Clemenceau und Poincaré von dem Siege der Gerechtigkeit sprechen können, nachdem Clemenceau noch vor einigen Tagen bekannt hat, er sei ein Anhänger des alten Systems in der Politik, dieses alten Systems der Allianzen und jenes fragwürdigen europäischen Gleichgewichtes, das mehr als irgendeine Einzelperson die Schuld für das in den letzten vier Jahren begangene Blut trägt.

Gegen eine solche Sinnesart mit einer Einstufung von Papst zu arbeiten, das hat wahrlich keinen Zweck; aber wir sind gerade im Interesse der Gerechtigkeit dazu verpflichtet, stets wieder auf die wahren Verhältnisse in Deutschland hinzuweisen, damit uns die Geschichte nicht vorwerfen kann, wir hätten nicht genug für einen rechtlichen Abschluß der Feindseligkeiten getan und hätten veräußert, gegenüber Forderungen, die sich als rückichtslos herausstellen, auf den wahren Stand der Dinge mit Nachdruck hinzuweisen. Es scheint jedoch fast, als ob die Reden der französischen Staatsmänner mit besonderer Eifer versucht, die Aufmerksamkeit der Welt von dieser zentralen Frage des Augenblicks abzuwenden. Sie beschäftigen sich mit der Schuld am Kriege, von der sie wissen, daß sie tatsächlich alle gerecht denkenden Menschen interessieren muß. Sie sehen aber in diesem Problem nur die Frage nach 10 oder 20 Personen, die etwa persönlich an dem Unglück, das wir erlebt haben, besonders schuldig sein sollen. Sie müssen diese Frage so sehen, denn sie sind ja, wie Herr Clemenceau sagte, Anhänger des alten Systems.

Nur wer ein schlechtes Gewissen hat, kann sich dem Wunsche entziehen, das Seinige zu tun, damit die Frage der Schuld am Kriege eine so allseitige Beleuchtung wie möglich erhält. Ich meine mit dem schlechten Gewissen nicht etwa die Angst davor, daß Alliierten, die irgendwer irgendwas und irgendwem benagen hat, ans Tageslicht kommen. Das schlechte Gewissen ist bei allen denen zur Stelle, die nicht recht wissen, wie sie sich zu diesen und jenen Lebensäußerungen des Sühne vergangener Zeit zu stellen haben. Herr Poincaré hat in seiner letzten Rede wieder die ganze wohlbekannte

Gravelotte gegen das deutsche Volk.

Losgelassen. Es liegt ihm nicht daran, die öffentliche Meinung endlich zu entgiften. Moralische Siege werden nicht durch Verschimpfungen gewonnen. Moralische Siege gewinnt nur, wer sich selbst überwindet. Der moralische Sieg in der Politik müßte der gerechte Völkerverbund sein, wo jedes Volk bereit ist, seine individuellen Wünsche in Frieden und völkerverständlicher Sinnhaftigkeit mit den anderen zu besprechen. In diesem Völkerverbund kann Deutschland nicht als ein Paria eintreten, und ebensowenig kann es seinerseits diesem Völkerverbund Verletzungen entgegenbringen, wenn man es bei seinem Eintritt mit Verleumdungen und über Nachrede empfangt. Auch hier liegt eine Verleumdung, die ich den französischen Staatsmännern wünschen muß, falls sie in der kommenden Gesellschaft der Völker versuchen wollen, mit Autorität aufzutreten — wenn anders ihnen überhaupt an dieser Liga der Nationen gelegen ist.

Lieblichkeit. Die „Freiheit“ veröffentlicht einen angeblich gemeinsamen Aufruf des Völkerverbundes der Arbeiter- und Sozialisten und der Unabhängigen Wilmerdorfer, der zur gemeinsamen Vertiefung der Verdrängung Liebknechts auffordert. Dem Vorstehenden unseres Wilmerdorfer Völkerverbundes, Gen. A. Breuer, ist wie er uns mitteilt, von einem solchen Aufruf nichts bekannt. Die Stellungnahme der S. P. D. ist durch den gestern abend von uns abgedruckten Aufruf — keine Arbeitniederlegung, Entsendung von Deputationen — gekennzeichnet.

14000 Standrechtsurteile der Volkshilfe. Nach einer Meldung der „Morning Post“ aus Stockholm, die einen Bericht der Petersburger „Pravda“ wiedergibt, haben die russischen Sowjets im letzten Vierteljahr 1918 in 13764 Fällen das standgerichtliche Urteil vollstreckt.

Die deutschen Delegierten zur internationalen Gewerkschaftskonferenz. Als deutsche Delegierte werden an der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern teilnehmen: von der Generalkommission der Gewerkschaften Raat Dabich, Wilhelm Janzon und Hermann Aube.

Ludwig Thoma — Zentrumsmann. Der „Eimplizianus“, Thoma (Peter Schlemihl), der einst in Ernst und Scherz die Politik des Zentrums mit am härtesten angegriffen hat, ist jetzt selber Zentrumsmann geworden. Die Redaktionen des „Eimplizianus“ rücken in einer durchaus nicht launigen Erklärung weit von Thoma ab. Unvergessen sind noch die „Briefe eines böhmischen Landtagsabgeordneten“, des unsterblichen Josef Hilfer, in denen Thoma das Zeben der bayerischen Zentrumsglieder zu deren Wut dem Gelächter der ganzen Welt preisgab. Nun sind Thoma und Josef Hilfer Fraktionskollegen.

Letzte Nachrichten.

Nissenfreit in England.

Amsterdam, 24. Januar. Wie aus London gemeldet wird, erwartet man dort Lloyd George dringend zurück, damit er mit den Führern der Gewerkschaften in Sachen des Streiks Unterhandlungen führen kann. Laut „Star“ beträgt die Zahl der in der Bergwerksindustrie und in den Verkehrsbetrieben Streikenden 750 000.

Gewerkschaftsbewegung

Banken und Kriegsteilnehmer.

In einer stark besuchten Versammlung am Donnerstagabend geisterte der Referent Marx scharf das unfolgende Verhalten der Banken, die den Kriegsteilnehmern zumuten, mit einem 1000 bis 2000 M. geringeren Einkommen vorlieb zu nehmen, wie es die daheim gebliebenen Beamten beziehen. Besonders scharf ging der Referent mit der Direktion der Diskonto-Gesellschaft ins Gericht, die er als die Brutstätte der Reaktion im Baugewerbe bezeichnete, die Quelle, aus der das D.-Banken-Kartell stammt, und die neue Vereinbarung, Bankbeamte, die während des Krieges ihre Stellung gewechselt haben, nicht wieder einzustellen. Diejenige saubere Plan werde durch eine in den nächsten Tagen herauskommende Verordnung der Voten entzogen werden. Die Deutsche Bank scheute sich nicht, Kriegsteilnehmer mit Monatsgehältern unter 200 M. zu beschäftigen. Die Banken seien in der Lage, ihre Beamten ausreichend zu besolden. Es sei unerhört, daß die Direktoren, die während des Krieges außer ihren großen Gehältern weitere ungeheure Gewinne gemacht hätten, den Kriegsteilnehmern als Dank für ihren Frontdienst Vorküchlein zu bieten wagten. Eine Streikbewegung der Arbeiter in der Eisenbahnindustrie werde heute mehr als das Gros der Volkswirtschaft. Mit diesen unwürdigen Zuständen müsse Schluss gemacht werden. Der Willkürherrschaft der Bankdirektoren sei das Mitspracherecht der Bankbeamten in allen Fragen des Arbeitsverhältnisses gegenüber zu stellen. Nötigenfalls müßte zu den schärfsten Mitteln gegriffen werden, um der Beamtenschaft zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Nach einer ausgedehnten Debatte wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die gegen die Behandlung der Kriegsteilnehmer und Internierten Protest erhebt, die Gleichstellung ihrer Bezüge mit denen der Nichteingezogenen verlangt und den Allgemeinen Verband beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen untergeordnet in die Wege zu leiten.

Rückzahlung der bei Kriegsausbruch gemachten Gehaltsabzüge.

Zu diesem Akt im „Vorwärts“ behandelten Thema sind und noch eine größere Anzahl Einwendungen zugegangen. Einer der Einwender schreibt uns: Es ist freudig zu begrüßen, daß dieses Thema von den Angestellten endlich einmal angeklungen wird. Der lautmännliche Angelegte, der bisher als der Jähmilde aller Arbeitnehmer galt, hat sich seinerzeit unter dem Druck der Verhältnisse Gehaltsabzüge gefallen lassen müssen, die in keiner Weise berechtigt waren. Nun mündeten mühten die Geschäftsinhaber aber nach Klärung der Situation die Bescheidung des Gehalts rückgängig machen. Nur den wenigsten der Arbeitgeber hat dieses eingeleuchtet, im Gegenteil, sie haben die Lage meistens weiter ausgenutzt und die Gelegenheit begrüßt, um einen Teil des Personalis zu entlassen.

Schreiber dieses kann selbst ein krauses Beispiel anführen. Er war in einem größeren Kaufhause vier Jahre tätig und bezog ein Gehalt von 800 M. pro Monat. Anfang August trat der Inhaber betr. Firma an ihn heran und erklärte, er könne vorläufig nur ein Gehalt von 150 M. pro Monat zahlen. Nach drei Monaten wurde daselbe auf 175 M. festgesetzt und so sukzessive erhöht bis zum Betrage von 280 M. Hierzu ist zu bemerken, daß inzwischen zwei Jahre verstrichen waren und ich alsdann zum Heeresdienst eingezogen wurde.

In gleichem Maße wurde bei dem übrigen Personal verfahren. Die Geschäftsinhaber haben alle ohne Ausnahme viel verdient und sind deshalb in der Lage, heute die gekürzten Beträge restlos zurückzahlen. Damit würde nur das gute Recht der Angestellten gewahrt und großes Unrecht gut gemacht.

In Bayern (siehe letzte Ausgabe des „Manufakturist“) ist jetzt eine entsprechende Gesetzesvorlage eingebracht worden, daß die Geschäftsinhaber die zuzeit gemachten Gehaltskürzungen restlos rückvergüten müssen. Wenn Sie Ihren Einfluß geltend machen würden, daß auch in Preußen-Deutschland eine gleiche Vorlage eingebracht würde, könnten Sie sich den Dank Tausender verdienen.

Die achtstündige Arbeitszeit im Friseurgewerbe

gilt für die Arbeiter des Gewerbes nach wie vor. Dies muß besonders betont werden im Hinblick auf die irreführende Notiz, die ein Lokalblatt am Dienstag brachte, unter Berufung auf Mitteilungen des Obermeisters einer der drei Berliner Friseur-Zünfte. Die verheerende Drohung, die Arbeitslosigkeit unter den Gehilfen würde noch weit größer werden, wenn diese sich gegen die Fortsetzung der früheren Arbeitszeit von 12 und 18 Stunden wehrten, ist lächerlich. Im Gegenteil, die Arbeitslosigkeit würde wesentlich verringert werden, wenn die früheren Geschäftsbetriebe den einzelnen Arbeiter nicht länger als acht Stunden beschäftigen und zur Durchführung dieser Arbeitszeit einen oder mehrere Gehilfen einstellen müßten. Die Arbeitslosigkeit bestand bereits seit Wochen, ehe die Verkündung des Demobilisierungsamts wirksam wurde.

Der selbständige Betrieb des Gewerbes ist allerdings an Werktagen keiner Einschränkung unterworfen. Selbst wo die Geschäftsinhaber einen ökonomisch einseitigen Lebenswandel herbeiführen wollen, hindert sie der Mangel der Gewerbeordnung an einer gesetzlichen

Unterlage. Um so schwieriger ist eine systematische Kontrolle über die Durchführung des Achtstundentags im Einzelnen. Das wird jedoch die Gehilfenorganisation nicht hindern, gegen alle diejenigen Geschäftsinhaber vorzugehen, die sich allzu ungeniert über die geltenden Bestimmungen hinwegsetzen, weil sie ihnen nicht in den Kram passen.

Die Einnahmer und Einnahmerinnen der Viktoria-Versicherung sehen sich gezwungen, heute in den Ausstand zu treten, da sich die Direktion trotz wiederholter Vorstellungen und mehr als vierwöchiger Verhandlung weigert, die unter den heutigen Verhältnissen beschiedene Forderung von 300 M. bis höchstens 350 M. Monatsgehalt anzuerkennen. Dieses Verhalten der größten Versicherungsgesellschaft wird auch in nicht beteiligten Kreisen Befremden hervorrufen müssen, da der geforderte Betrag unter den gegenwärtigen Lebensverhältnissen ein Existenzminimum darstellt, um so mehr als es sich hierbei fast ausschließlich um verheiratete Leute handelt.

Die Gehaltsbewegung der Versicherungsangestellten wird Sonntag vormittags 10 1/2 Uhr in einer großen Versammlung im „Rheingold“ behandelt.

Parteinachrichten.

Unabhängige Begriffsverwirrung.

Der Ausfall der Wahlen zur Nationalversammlung wird im Lager der Unabhängigen ganz verschieden gedeutet. Die „Leipziger Volkszeitung“, in deren Spalten seit der Tragödie Luxemburg-Vielsticht eine besonders blutrünstige Sprache geführt wird, scheint mit dem Gesamtergebnis nicht zufrieden zu sein; sie verweist darauf, daß 185 sozialistischen Abgeordneten 209 bürgerliche Abgeordnete gegenüberstünden. „Die Scheidemann“, so bemerkt das Blatt, stehen also am Ziel. Sie haben durch die schleunige Einberufung der Nationalversammlung die Aufklärung der dem Sozialismus noch fernstehenden proletarischen Kreise verhindert, durch ihre Blutrücke gegen die Spartakusanhänger haben sie außerdem große Scharen der Laien und Schwankenden in das Lager der bürgerlichen Parteien getrieben und schließlich den Beginn der Sozialisierung verhindert.“

Wir können es uns versagen, gegen die Darlegungen des Leipziger Blattes zu polemisieren, um so mehr als Karl Kautsky in der Januarnummer der wissenschaftlichen Zeitschrift der N. S. P. D., der Wochenschrift „Sozialist“, seinen Parteifreunden folgendes vorhält:

„Unsere Parteipresse hat stets den Bolschewismus kritisch gepriesen und unsere Genossen einseitig über ihn unterrichtet. Gegenüber dem Spartakusbund nahm man eine unentschiedene Haltung ein, einige unserer vornehmsten Vertreter gingen Hand in Hand mit ihnen. Man hat es ihm überlassen, das Tischtuch zwischen uns und zerschneiden, hat nicht die Energie gefunden, es selbst zu tun. Zur Nationalversammlung hat man sich wohl bekannt, aber ihre Hinausschiebung zu einem fernen Termin, der fast ihrer praktischen Ausschaltung nahekam, mit Leidenschaft gefordert, statt zu erkennen, daß in ihrer schleunigsten Einberufung das Ziel lag. Und schließlich mochten gar unsere Vertreter auf dem Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte die ungläubliche Dummheit — anders kann man es bei allem Streben, parlamentarisch zu bleiben, nicht nennen —, sich bei der Ermählung des Zentralrates anzuschließen, für den sie selbst die oberste Gewalt verlangt hatten.“

Besseres könnten auch wir auf die dummen Einwände der „Leipziger Volkszeitung“ nicht erwidern. Daß uns übrigens das Spartakusstreben hunderttausende Stimmen und vielleicht Dutzende Mandate gelostet hat, wird in weiten Kreisen als eine unumstößliche Tatsache betrachtet. Noch nie ist der Gedanke des Sozialismus mehr diskreditiert worden als durch das rudiöse Treiben des Spektakelbundes und die geistliche Duldung und teilweise Unterstützung der Unabhängigen. Diejenige Schicht, die durch die Novemberrevolution den Glauben an die Macht des Sozialismus erlangt hatte, wurde durch dieses müßige Treiben wieder gewaltig in die bürgerlichen Reihen abgedrängt.

Das Berliner Unabhängigen-Organ „Die Freiheit“ erblickt in dem Wahlergebnis einen überaus verheißungsvollen Anfang für die Partei der N. S. P. Es bedürfte nur organisatorischer und aufklärerischer Arbeit, um die Arbeitererschaft überall für sie zu gewinnen. Daß auch diese Beurteilung des Wahlergebnisses nicht so ganz einwandfrei ist, beweist eine Würdigung des Wahlausfalls, die wir in unserem Eberfelder Parteiblatt „Freie Presse“ vorfinden. Es wird in derselben u. a. das Wahlergebnis im Kreise Solingen erwähnt, wo die Unabhängigen bekanntlich in der „Vergifteten Arbeiterstimme“ ein Blatt haben, das während der Zeit des Krieges eine beispiellose Hege gegen die Scheidemann getrieben hat.

Unser Eberfelder Werkblatt schreibt hierüber: „Neuerlich charakteristisch ist das Wahlergebnis für Solingen. In dem früheren Kreise Scheidemanns, der „geistigen Zentrale“ der unabhängigen Spartakisten, wurden im Stabskreise abgegeben für die Liste Agnes 4648 Stimmen und für die Liste Obermeier fast das Doppelte, nämlich 8648 Stimmen. Von den bürgerlichen Parteien erhielten die Liste Erkelens 4744, die Liste Giesberts 2611 und der Ling-Parcemeister-Mischmach 2054 Stimmen. Für den

Landkreis Solingen entfielen auf die Liste Obermeier 18 622, auf die Liste Agnes 21 847. Zusammen mit dem Stadtkreis haben also erhalten die Liste Obermeier 27 168 und die Liste Agnes 26 955. Unsere Liste hat also im Wahlkreis Solingen eine Mehrheit von 1218 Stimmen gegenüber der unabhängigen Liste.

Vielleicht findet die „Freiheit“ auch zu diesem Wahlausfall eine Erklärung.

Industrie und Handel.

Deutsche Flußstahlerzeugung im Kriege.

Die deutsche Flußstahlerzeugung hat im Kriege eine bemerkenswerte Höhe beibehalten. Nachdem sie im Jahre 1915 von ihrem höchsten Stand von 18,9 Millionen Tonnen um rund 5,7 Millionen auf 13,2 Millionen Tonnen, das sind 80 Proz., zurückgegangen war, ist sie in den Jahren 1916 und 1917 nur um etwa 3 1/2 Millionen Tonnen geringer = 18 Proz. gewesen als zur Zeit ihres Höchststandes im Jahre 1913. Besonders ist es der rheinisch-westfälische Industriebezirk, der während des Krieges stark Leistungen vollbracht hat. Im Jahre 1917/18 hat er nur rund 1/4 Millionen Tonnen Stahl weniger erzeugt, als im Jahre 1913. Auch die übrigen Erzeugungsbezirke haben nur verhältnismäßig wenig von ihren Friedensleistungen eingebüßt. Schlesiens hat sogar im Jahre 1917 50 000 Tonnen mehr erzeugt als im Frieden.

Soziales.

Die Arbeitslosenfrage.

Wichtige Zweige unserer Volkswirtschaft, vor allem die Landwirtschaft, und Teile des Kohlenbergbaues, leiden unter bedrohlichem Mangel an Arbeitskräften. Dem deutschen Volke steht bedrohlich eine Not bevor, deren Größe und Dauer leider meist nicht erkannt werden. Gleichzeitig drängen sich Arbeitslose in täglich wachsender Zahl in den Städten zusammen, festgehalten oder angelockt durch die bisherige Handhabung der Erwerbslosenunterstützung. Dieser Zustand ist unerträglich; so gedrückt unsere Produktion, und die Finanzkraft von Reich, Staat und Gemeinde geht vollends verloren.

In vier Punkten vornehmlich bedarf die Erwerbslosenfürsorge der Aenderung:

1. Die Verpflichtung des Erwerbslosen, eine Arbeit anzunehmen, die ihm nach seinen körperlichen Augenmetet werden kann, und für die angemessener ortsüblicher Lohn gemahet wird, muß endlich durchgesetzt werden.

2. Es ist kräftiger als bisher darauf hinzuwirken, daß Personen, die während des Krieges zur Aufnahme von Arbeit in einen anderen Ort gezogen sind und dort jetzt keine Arbeit mehr finden, in ihren früheren Wohnort zurückkehren.

3. Die Bilanz bestehende Freiheit der Gemeinden, bei Bestimmung der Unterstützungssätze muß eingeschränkt werden, weil diese Sätze verschiedenlich eine Höhe erreicht haben, die nicht mehr zu rechtfertigen ist und die Erwerbslosen von der Arbeit zurückhält.

4. Um verheirateten Erwerbslosen die Annahme von Arbeit außerhalb ihres Wohnortes zu ermöglichen, muß die Gemeinde die Befugnis erhalten, der zurückbleibenden Familie die Familienzuschläge zur Unterstützung zu beschaffen.

Eine Regelung der Erwerbslosenfürsorge nach diesen Gesichtspunkten ist erfolgt durch die Verordnung, betreffend Aenderung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 13. November 1918 (Reichsgesetzblatt 1918), die das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisation am 15. Januar 1919 erlassen hat. Die Reichsregierung erhofft von der Verjüngung dieser neuen Verordnung die im allgemeinen Interesse gebotene Besserung der Verhältnisse.

Soziale Wirtschaft. Im Sozialwirtschaftlichen Verlag Zeitendorf-Berlin erschien soeben die erste Nummer einer neuen alle 14 Tage erscheinenden sozialistischen Zeitschrift „Soziale Wirtschaft“, Arbeit für die Sozialisierung des gesamten Wirtschaftslebens, die durch Beiträge namhafter sozialistischer Gelehrter und Praktiker über die Arbeiten der Sozialisationskommission und über die Fortschritte der sozialen Wirtschaft in allen Ländern fortlaufend berichten wird. Aus dem Inhalt der ersten Nummer heben wir besonders hervor den programmatischen Aufsatz des Genossen Dr. F. J. Geiler über den „Weg der sozialen Wirtschaft“, eine Arbeit des Genossen Dr. Kable über den „Wert des Menschen als Wirtschaftsgut“. Genosse Polissano fordert in einem Aufsatz „Die Ohnmacht des Völkerbundes“ die Schaffung einer internationalen Welt handelsverfassung. Die Sozialisierung der Landwirtschaft und der Erbschaften werden in wertvollen Beiträgen behandelt (Die „Soziale Wirtschaft“ ist eingetragen im 3. Radtrog der Postzeitungsliste und kann zum Preis von 2,50 M. pro Vierteljahr an allen Postämtern, Buchhandlungen oder direkt beim Verlag abonniert werden.)

Verantwortlich für Politik: Erich Gutner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Kaufmann; für Anzeigen: Theodor Wiedt, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin. Unter den Eichen 2. Ober- u. 1. Untergeschoß.

Ausschneiden!

Aufbewahren!

Amtliches Merkblatt für alle Gasverbraucher.

In Küche, Werkstatt oder Wohnraum an deutlich sichtbarer Stelle befestigen.

Gassperrstunden vom Sonnabend, den 25. Januar 1919 ab.

Sperrzeit: 8 1/2 bis 11 Uhr vormittags, 2 bis 5 1/2 Uhr nachmittags.

Während der Sperrzeit hört der Gaszufluß auf. Die Lampen und Kocher verlöschen oder brennen ganz klein. Sobald dies bemerkt wird, müssen sofort alle Gashähne geschlossen werden, da sonst nach Erlöschen der Flammen bei Wiederkehr des Gaszuflusses die Gefahr besteht, daß das Gas unbemerkt in Wohnräume und Küchen ausströmt und Schaden anrichtet. Nach Ablauf der Sperrzeit prüfe man an einem Brenner den Gasdruck. Erweist sich der Druck als genügend zur Erzeugung einer normalen Flamme, so darf wieder Gas verbraucht werden. Dann prüfe man nochmals gewissenhaft, ob alle unbenutzten Gashähne geschlossen sind.

Kohlenstelle Groß-Berlin.